

Armut und Reichtum in Tirol

Wien, Mai 2007

INHALT:

Was ist „Armutgefährdung“ und „Armut“	4
Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutgefährdung und Armut.....	6
Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutgefährdung und Armut.....	11
Bildung verringert das Armutsrisiko	12
„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko.....	13
Über 20.000 Tiroler PensionistInnen weiterhin armutsgefährdet.....	15
Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich.....	17
Ein Viertel der MigrantInnen ist armutsgefährdet	18
Hohe Wohnkosten in Tirol	19
Anstieg der Haushaltsausgaben.....	21
Verschuldung erhöht Armutgefährdung stark.....	22
Armut ist ein Gesundheitsrisiko	23
Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutgefährdung	24
Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument.....	25
Reichtum nimmt auch in Tirol zu	35
Zusammenfassung.....	42
Quellenverzeichnis	45

Vorwort

Die „Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung“ (ÖGPP) untersucht seit Jahren systematisch die Armuts- und Reichtumsentwicklung in Österreich und seinen Bundesländern. Beachtung fand 2004 der erste „Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich“. Seither wurden vor allem regionale Untersuchungen, Auswertungen und Darstellungen zu Armut und Reichtum gemacht.

Diese Studie soll aktuelle Trends von Armut und Reichtum in Tirol aufzeigen. Sie entstand auf Anregung des ÖGB Tirol. An der Studie haben Dr. Andreas Höferl, Barbara Hauenschild und Susanne Halmer gearbeitet.

Was ist „Armutsgefährdung“ und „Armut“

Wie es um Armut und Armutsgefährdung in Österreich steht, darüber gibt der etwa alle zwei Jahre erscheinende „Bericht zur sozialen Lage“ des Sozialministeriums Auskunft. ¹ Dieser wiederum stützt sich seit kurzem auf eine jährliche repräsentative Befragung österreichischer Haushalte (EU-SILC) durch die Statistik Austria. ²

Armutsgefährdung wird über Einkommen definiert, weil dieses am einfachsten messbar ist. Menschen mit weniger als 60 % des Medianeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet. Armutsgefährdet waren demnach zuletzt (2005) in Österreich Menschen, die folgende Nettoeinkommen nicht erreichten:

Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen 2005³

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro	Monatswert netto in Euro	Jahreswert durch 14
Einpersonenhaushalt	10.796	900	771
1 Erwachsener und 1 Kind	14.034	1.170	1.002
2 Erwachsene	16.193	1.349	1.157
2 Erwachsener und 1 Kind	19.432	1.619	1.388
2 Erwachsener und 2 Kinder	22.671	1.889	1.619
2 Erwachsener und 3 Kinder	25.909	2.159	1.851

Mit dieser rein einkommensorientierten Sichtweise wird allerdings nicht das tatsächliche Ausmaß von Armut erfasst. Vor allem Ausgaben, finanzielle Belastungen, individuelle Lebenslagen und Kostenstrukturen (etwa durch Wohnen) werden dabei nicht berücksichtigt, was als Schwäche dieser rein einkommensbezogenen Definition von Armutsgefährdung kritisiert wird. Denn zahlreiche Menschen, die rein aufgrund ihres Einkommens als nicht armutsgefährdet eingestuft werden, haben aufgrund ihrer Lebenshaltungskosten Benachteiligungen und Probleme: Bereits 2,037 Mio. Menschen (ein Viertel der Bevölkerung) lebten zuletzt (2005) in Österreich in Haushalten, die sich keinen Urlaub leisten können. 2,016 Mio. ÖsterreicherInnen lebten in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben tätigen können. Das waren um fast 400.000 Personen mehr als noch 2004! 710.000 können es sich nicht leisten, jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch zu essen, 546.000 können sich keine neuen Kleider kaufen. 251.000 können aus finanziellen Gründen die Wohnung nicht angemessen warm halten. ⁴

Treffen Einkommensarmut und Nichtteilhabe an zentralen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, wird von Armut gesprochen. Wenn etwa auch keine angemessene Wohnung (etwa

¹ der letzte „Bericht zur sozialen Lage 2003/2004“ erschien im Februar 2005

² zuletzt erschienen: Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, Mai 2007

³ ebenda, S.33

⁴ EU-SILC 2005, S. 153

ohne Bad oder WC, schlechte Wohngegend) vorhanden ist, wenn Einschränkungen bei Heizung, Kleidung und Nahrung notwendig sind oder Zahlungsrückstände bestehen. Bei 422.000 (der mehr als 1 Mio. armutsgefährdeten) Menschen in Österreich zeigte sich 2005 neben dem unzureichenden Einkommen zusätzlich Deprivation in mindestens einer Dimension. Diese Menschen befinden sich damit in manifesten Armut.⁵

Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen stieg in Österreich – wie aus den Sozialberichten hervorgeht - von 11 % im Jahr 1999 auf 12 % im Jahr 2001 und auf 13,2 % im Jahr 2003. Im Jahr 2004 konnte laut EU-SILC mit 12,8 % bzw. 1,030 Mio. Menschen „keine Veränderung gegenüber 2003 beobachtet werden“. ⁶ Im Jahr 2005 ergibt sich für Österreich eine Armutsgefährdungsquote von 12,3%, womit sie geringfügig unter dem Wert von 2004 liegt. Daraus kann jedoch nicht auf eine tatsächliche Abnahme der Armutsgefährdung geschlossen werden, denn „die Veränderung gegenüber 2004 liegt im Bereich der statistischen Zufallschwankungen“, sagt der Bericht der Statistik Austria. ⁷ Die Zahl armutsgefährdeten Menschen stieg aber von 1999 bis 2005 real um rund 150.000 Menschen. Der Sozialbericht 2003/2004 räumt vorsichtig ein, dass „steigende Arbeitslosenzahlen seit 2000 und der Anstieg von Sozialhilfebezieher/innen ein Hinweis auf eine mögliche Zunahme von Armutsgefährdung und Einkommensverlust für die unteren Einkommensschichten in Österreich“ sein könnten bzw. ergänzende Daten zu Sozialhilfe, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit notwendig seien, was u.a. mit dieser Arbeit versucht wird. ⁸

Tatsächlich stieg die Zahl der arbeitslosen Menschen in Österreich im Jahresdurchschnitt von 194.300 im Jahr 2000 auf 252.654 im Jahr 2005, also um fast 60.000. ⁹ Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen erhöhte sich in Österreich von 107.000 Personen im Jahr 2000 sogar auf über 180.000 im Jahr 2005 – eine Zunahme von etwa 73.000 Personen. ¹⁰ Auch in **Tirol** stieg die Zahl arbeitsloser Menschen in diesem Zeitraum von 13.550 auf 17.439 Personen im Jahr 2005 ¹¹ - ebenfalls eine Zunahme um etwa 4.000 Menschen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg ebenfalls von 6.600 Personen 2002 auf 9.800 Personen im Jahr 2004. ¹² Tirol verzeichnete damit allein 2004 – mit plus 32 % - den höchsten Anstieg von Sozialhilfe-EmpfängerInnen aller Bundesländer.

Mit der Armutsgefährdungsquote von etwa 12,5 % liegt Österreich im europäischen Vergleich relativ gut. Am geringsten ist die Armutsgefährdungsquote in Staaten mit ausgeprägten öffentlichen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wie Schweden, Island und den

⁵ EU-SILC 2005, S 48

⁶ Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, Wien, März 2006, S.13

⁷ EU-SILC 2005, S. 15

⁸ Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.215

⁹ www.ams.at; Stand 14.05.07

¹⁰ Vgl. APA0163 vom 17.10.2006

¹¹ www.ams.at, Arbeitsmarktprofile 2005 – Tirol

¹² Neuere Bundesländerzahlen sind noch nicht verfügbar

Niederlanden (mit Quoten unter und um 10 bzw. 11 %). Am höchsten sind die Armutsgefährdungsquoten in Südeuropa sowie Großbritannien und Irland und einigen der neuen EU-Beitrittsländer (mit um 20 %).¹³

Die Untersuchung „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC)“ der Statistik Austria weist seit 2004 bundesländerweise Armutsgefährdungsquoten aus. Danach **waren 2005 in Tirol 14,0 % der Bevölkerung oder 95.000 Menschen armutsgefährdet**, wobei ausdrücklich auf die hohe statistische Schwankungsbreite (zwischen 9,6 und 18,4 %) hingewiesen wird.¹⁴ Damit war **die Armutsgefährdungsquote in Tirol die dritthöchste aller Bundesländer**.¹⁵

Überdurchschnittlich hoch ist Armutsgefährdung generell unter MigrantInnen, AlleinerzieherInnen und PensionistInnen. Ein erhöhtes Armutsrisiko zeigt sich außerdem bei Familien mit drei und mehr Kindern und Familien mit kleinen Kindern, vor allem dann, wenn die Frau nicht erwerbstätig ist.

Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut

Bezahlte Erwerbsarbeit galt bislang als guter Schutz vor Armutsgefährdung und Armut, wobei das nicht nur für die Erwerbstätigen selbst gilt, sondern auch für deren Haushaltsangehörige. Die Intensität der Erwerbsbeteiligung eines gesamten Haushaltes steht in direktem Zusammenhang damit, wie hoch dessen Armutsrisiko ist. Ebenfalls entscheidend sind Qualität und Ausmaß der Erwerbstätigkeit. Personen in prekären Arbeitsverhältnissen sind eine besonders armutsgefährdete Gruppe. In Haushalten mit Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdungsquote in Österreich zuletzt (2005) durchschnittlich nur 7 %. Bei voller Erwerbstätigkeit im Haushalt war die Gefährdungsquote mit 4 % am geringsten. In Haushalten, in denen hingegen nicht alle erwerbsfähigen Personen einer Erwerbsarbeit nachgehen (etwa weil eine Person arbeitslos ist oder die Frau Haushalts-, Kindererziehungs- oder Pflegearbeit leistet), steigt die Armutsgefährdungsquote bereits deutlich auf 17 % - damit über den Durchschnitt (12 % in einem erwerbstätigen Haushalt). Haushalte, in denen keine Erwerbsarbeit geleistet wird haben eine Armutsgefährdungsquote von 28 %.¹⁶

Bemerkenswert ist, dass die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte in Österreich damit gegenüber 1999 deutlich zugenommen hat. 1999 betrug die Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit Erwerbstätigkeit nur 6 %, 2005 7%; in Haushalten mit teilweiser Erwerbstätigkeit 8 %, 2005 aber bereits 17%. Und in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit 1999 25 %,

¹³ APA0275, 30. 04.2007

¹⁴ EU-SILC 2005, S. 32

¹⁵ in Kärnten (16,3 %) und Burgenland (15,2 %) war sie noch höher

¹⁶ EU-SILC 2005, S.39

2005 aber 28 %. Nur in Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit blieb die Armutsgefährdungsquote seit 1999 mit 4 % unverändert.¹⁷

Neben Alter und Geschlecht hat die Bildung den größten Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung.

Personen mit geringer Qualifikation haben auf dem Arbeitsmarkt deutliche Nachteile: Von den Männern mit höchstens Pflichtschulabschluss sind in Österreich knapp zwei Drittel erwerbstätig, bei höheren Bildungsabschlüssen sind es etwa 80 %.¹⁸ Es zeigt sich auch, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen mit steigender Kinderzahl häufig zu Gunsten von Hausarbeit und Betreuungsaufgaben aufgegeben wird. Bei Männern im Erwerbsalter hingegen liegt die Erwerbsbeteiligung unabhängig von der Zahl der Kinder bei 80 %. Da die Erwerbsbeteiligung der Männer generell hoch ist, hängen die Haushaltserwerbsintensität und damit auch das Ausmaß der Armutsgefährdung in hohem Maße davon ab, ob von der Frau ein (zusätzliches) Einkommen erwirtschaftet wird. In welchem Ausmaß Betreuungspflichten anfallen und eine Erwerbstätigkeit der Frauen verhindern, hängt allerdings mit der Zahl der Kinder zusammen. Wenn die Frau erwerbstätig ist, reduziert sich das Armutsrisiko um die Hälfte oder mehr gegenüber jenen Haushalten, in denen eine Frau im Erwerbsalter keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Entscheidend für die Erwerbstätigkeit der Frauen ist auch das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt bzw. das Angebot an bedarfsorientierten Kinderbetreuungseinrichtungen.¹⁹

Die Erwerbstätigenquote lag in **Tirol** zuletzt (2005) mit 71,0 % über dem österreichischen Durchschnitt (68,6 %) ²⁰. Bei Tiroler Männern betrug sie 78,2 % (Ö: 75,4 %), bei Frauen 64,0 % (Ö: 62,0 %). Die Erwerbstätigenquote in Tirol liegt also in allen Bereichen über dem österreichischen Durchschnitt. Direkte Vergleiche der Werte mit früheren Erhebungen sind aufgrund der veränderten Erhebungsmethode nicht möglich.

Haushalte ohne Erwerbstätigkeit im erwerbsfähigen Alter sind vor allem solche von arbeitslosen Menschen, von FrühpensionistInnen und solche, die von Sozialleistungen anderer Art leben. Die Armutsgefährdungsquote steigt in Haushalten, wo eine oder mehrere Personen arbeitslos sind: 33 % aller Haushalte in Österreich, in denen ein Arbeitloser lebt, sind armutsgefährdet. Diese Personengruppe weist gemeinsam mit Personen in Ausbildung auch die größte Lücke zwischen ihrem tatsächlichen Einkommen und der Armutsgefährdungsschwelle auf. Aber auch 10 % aller Pensionistenhaushalte sind armutsgefährdet.

Vor allem die neuen Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganzjähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark

¹⁷ vgl. dazu auch Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.192

¹⁸ mehr dazu im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“

¹⁹ mehr dazu im Abschnitt „Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko“

²⁰ Statistisches Jahrbuch 2007, S. 194

erhöht. „Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichen Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter den Armutsgefährdungsschwellen verbunden. (...) In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversicherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen, werden immer mehr Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig und dies kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungsschwellen zu rutschen. Und das auch, weil diese Beschäftigungsformen keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben“, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 fest.²¹

Die Untersuchung „EU-SILC 2004“ widmet dem Thema „Armutsgefährdung trotz Arbeit“ bereits ein ganzes Kapitel²² und stellt u.a. fest: „Aus unregelmäßigen Beschäftigungen entstehen nicht nur direkte Einkommensnachteile, sie sind oft auch mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz verbunden und führen vor allem auch längerfristig zu finanziellen Nachteilen (geringerer oder kein Pensionsanspruch, keine Sonderzahlungen, teurere Selbstversicherung...).“²³ Auch die Folgeuntersuchung im Jahr 2005 widmet sich diesem Thema. 7 % oder 249.000 erwerbstätige Personen waren 2005 trotz eines Erwerbseinkommens armutsgefährdet. „Von allen Armutsgefährdeten im Erwerbsalter sind damit fast die Hälfte (45%) erwerbstätig.“²⁴ Vor allem in Einpersonenhaushalten mit prekären Beschäftigungsverhältnissen steigt die Armutsgefährdung sprunghaft auf 16 % an, bei Teilzeitbeschäftigung beträgt das Armutsgefährdungsrisiko 19 %. Am häufigsten sind prekäre Arbeitsverhältnisse in Österreich unter Frauen bis 40 und bei Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen zu finden²⁵. Von den 528.000 in Österreich prekär Beschäftigten sind 316.000 (60 %) Frauen.

Als working poor gelten all jene Personen, „die aktuell erwerbstätig und zwischen 20 und 64 Jahre alt sind und deren Haushaltseinkommen (als Summe aller Erwerbs- und sonstiger Einkommen bezogen auf Haushaltsgröße und Altersstruktur – das heißt äquivalisiert) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt“.²⁶ Dies trifft in Österreich auf 7 % der Erwerbstätigen zu. Das wären **in Tirol rd. 25.000 Erwerbstätige**.

Die Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten ist in Tirol 2005 leicht angestiegen (plus 1.340 im Jahr 2005 gegenüber 2004), stärker ist dagegen die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ge-

²¹ Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.218

²² EU-SILC 2004, S. 45-51

²³ EU-SILC 2004, S. 46 und 48

²⁴ EU-SILC 2005, S. 35

²⁵ Unter AkademikerInnen beträgt die Armutsgefährdungsrate ebenso wie bei Menschen mit max. Pflichtschulabschlüssen zwar ebenfalls 14%, es zeigt sich hier aber ein anderes Erwerbsmuster.

²⁶ vgl. EU-SILC 2005, S.35

wachsen (plus 2.700 im Jahr 2005 gegenüber 2004). **2005 hatten in Tirol nur 58 % aller ArbeitnehmerInnen (219.537 von 324.245) einen „Normalarbeitsplatz“**, d.h. dass sie ganzjährig vollzeitbeschäftigt waren. Dieser Strukturwandel weg von Normalarbeitsplätzen ist für die Betroffenen in der Regel mit einer Halbierung des Einkommens verbunden: Teilzeitbeschäftigte verdienten in Tirol 2005 nur etwa 48 % eines Vollzeitbeschäftigten. **Das durchschnittliche Jahreseinkommen der ca. 44.000 ganzjährig teilzeitbeschäftigten Frauen in Tirol näherte sich 2005 bereits der Armutsgefährdungsschwelle.**

Fast ein Drittel (32 %) der Tiroler ArbeitnehmerInnen war 2005 nicht ganzjährig beschäftigt. Das durchschnittliche Erwerbseinkommen dieser rund 104.700 ArbeitnehmerInnen lag 2005 bereits unter der Armutsgefährdungsschwelle. In diese Gruppe fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen. Weil nicht ganzjährig Beschäftigte also neben dem Erwerbseinkommen meist ein Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe in der nicht erwerbstätigen Zeit beziehen, erhöht sich deren Jahreseinkommen durch Sozialversicherungs- und Sozialleistungen und übersteigt – allerdings überwiegend nur bei Männern – die Armutsgrenze. Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote in dieser Gruppe liegt in Österreich bei 16 %. Auf Tirol umgerechnet wären dies im Jahr 2005 rund 17.000 Personen, die armutsgefährdet waren, weil sie nicht ganzjährig beschäftigt waren. Bei Erwerbstätigkeiten unter 12 Wochenstunden ist in Österreich sogar jede/r 5. armutsgefährdet.

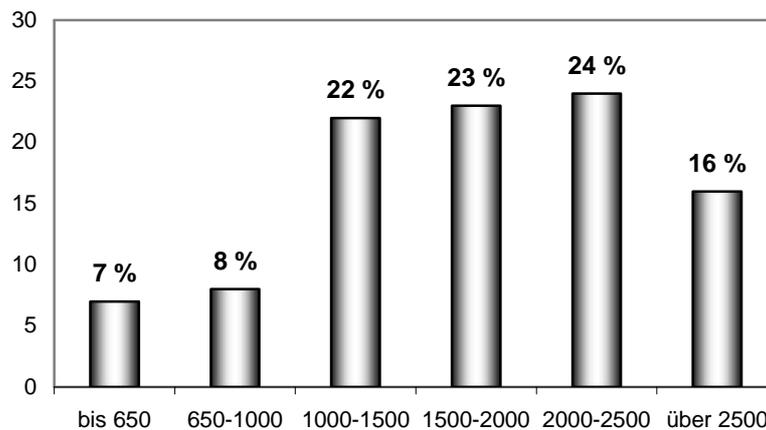
Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in Tirol in Euro 2004 und 2005²⁷

	Anzahl		durchschnittliches Nettojahreseinkommen		:14	
	2004	2005	2004	2005	2004	2005
Männer						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	110.458	111.318	24.320	25.086	1.737	1.792
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	7.656	8.105	13.262	13.389	947	956
nicht ganzjährig beschäftigt	54.287	54.825	8.366	8.536	598	610
Frauen:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	55.609	56.092	18.068	18.795	1.291	1.343
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	41.735	44.022	10.187	10.516	728	751
nicht ganzjährig beschäftigt	50.171	49.883	5.351	5.368	382	383
gesamt:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	166.067	167.410	22.226	22.978	1.588	1.641
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	49.391	52.127	10.664	10.963	762	783
nicht ganzjährig beschäftigt	104.458	104.708	6.918	7.027	494	502
	319.916	324.245				

Die Befragung EU-SILC weist für Tirol im Jahr 2005 aus, dass **15 % der Tiroler Erwerbstätigen ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro im Monat** hatten und damit an bzw. unter der Armutsgefährdungsschwelle.

²⁷ vgl. Lohnsteuerstatistiken 2004 und 2005

Verteilung der Erwerbseinkommen (brutto monatlich in Euro) in Tirol 2005 ²⁸



Die berufliche Stellung entscheidet über Einkommen und Armutsgefährdung. Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen haben unter den Erwerbstätigen das höchste Armutsrisiko. Personen, die hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben, das geringste. Frauen sind stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren Berufspositionen vertreten. Eine wesentliche Ursache für die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist weiter, dass erwerbstätige Frauen wesentlich öfter nur geringfügig oder teilzeitbeschäftigt sind als Männer. Im Jahr 2006 waren in Tirol fast 74 % aller geringfügig Beschäftigten Frauen (16.920 von 22.791) ²⁹. Aber selbst bei Frauen und Männern in ähnlichen beruflichen Positionen gibt es erhebliche Einkommensunterschiede. ³⁰

Obwohl im Jahr 2005 54 % der ArbeitnehmerInnen in Tirol Männer und 46 % Frauen waren, erhielten die Männer 67 % sämtlicher Arbeitnehmer-Bruttobezüge, die Frauen dagegen nur 33%, was etwa dem österreichischen Durchschnitt (66 % und 34 %) entspricht.

Auch Selbständige sind nicht vor Armut geschützt. In Tirol waren zuletzt (2004) etwa 15.700 Menschen ausschließlich selbständig erwerbstätig (ohne unselbständige Beschäftigung nebenbei). ³¹ Sie wiesen dabei Einkommen von 10.000 oder weniger Euro pro Jahr aus, womit sie sich an bzw. unter der Armutsgrenze befanden. Es waren dies überwiegend kleine Gewerbebetriebe sowie Land- und Forstwirtschaften.

²⁸ EU-SILC 2005, S.146

²⁹ www.sozialversicherung.at

³⁰ vgl. dazu: ÖGPP: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien 2004, S. 11

³¹ vgl. Einkommensteuerstatistik 2004, S. 116 f. und 200 f.

Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko. Die Armutsgefährdungsquote ist in Haushalten mit einer oder mehreren arbeitslosen Personen überdurchschnittlich hoch. 45 % aller Haushalte in Österreich, in denen ein Langzeitarbeitsloser lebt, sind armutsgefährdet.³²

Im April 2007 waren in Tirol 21.709 Menschen arbeitslos.³³ Tirol hatte mit 7,2 % damit (im April 2007) nach Wien (8,3%) und Kärnten (7,3%) die dritthöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.³⁴ Geht man von einer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit kurzzeitarbeitslosen (12 %) und langzeitarbeitslosen (45 %) Personen aus³⁵, so ist anzunehmen, dass in Tirol im April 2007 mindestens 2.600 Haushalte aufgrund von eigener Arbeitslosigkeit oder solcher von Familienmitgliedern armutsgefährdet waren.

Die Situation der Betroffenen wird außerdem erschwert, weil sowohl das durchschnittliche **Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe in Tirol** (aber auch in Österreich insgesamt) **unter der Armutsgrenze** liegen. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld lag bei Männern 2006 knapp, bei arbeitslosen Frauen schon deutlich (um über als 300 Euro) unter der Armutsgefährdungsschwelle und damit im Bereich „erhöhter Armutsgefährdung“. Die Notstandshilfe liegt sowohl bei Männern als auch bei Frauen deutlich (um etwa 250 bis 400 Euro) unter der Armutsgefährdungsschwelle. Mit anderen Worten: Arbeitslosigkeit bedeutet in Tirol für jeden zweiten Mann Armutsrisiko, für den überwiegenden Teil der Frauen sogar erhöhtes Armutsrisiko. Entscheidend, ob es tatsächlich zu Armutsgefährdung und Armut kommt, ist – wie dargestellt –, ob zumindest zeitweise Erwerbsarbeit und – einkommen erlangt werden kann bzw. wie die Einkommenssituation und Kostenbelastung im Haushalt insgesamt aussieht.

Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in Tirol 2006³⁶

	durchschnittliches tägliches Arbeitslosengeld	= monatlich	durchschnittliche tägliche Notstandshilfe	= monatlich
	in Euro			
Männer	27,20	816,00 - 843,20	21,10	633,00 - 654,10
Frauen	21,70	651,00 - 672,70	16,20	486,00 - 502,20
insgesamt	24,70	741,00 - 765,70	18,80	564,00 - 582,80

Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass das Arbeitslosengeld sowohl der Frauen als auch Männer in Tirol geringfügig über dem österreichischen Durchschnitt von 21,50 Euro

³² EU-SILC 2005, S.49

³³ AMS Arbeitsmarktdaten

³⁴ vorläufige Ergebnisse

³⁵ EU-SILC 2005, S.42

³⁶ AMS Arbeitsmarktdaten

bzw. 26,70 Euro pro Tag liegt. Bei der Notstandshilfe liegt der durchschnittlich tägliche Bezug bei Frauen in Tirol leicht unter dem österreichischen Durchschnitt (16,40 Euro), bei Männern liegt er hingegen leicht darüber (20,70 Euro).

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aus dem Erwerbsleben setzen sich also in der Arbeitslosigkeit fort. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld der Tiroler Arbeitnehmer war 2006 um 25 % höher als jenes der Frauen. Die durchschnittliche Notstandshilfe der Männer war sogar um 30 % höher als jene der Frauen.

Bildung verringert das Armutsrisiko

Bildung spielt eine große Rolle, welche Chancen Menschen am Arbeitsmarkt haben. Bildung hat – wie erwähnt – große Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung. 82 % der im Jahr 2006 arbeitslosen Menschen in Tirol hatten als höchsten Schulabschluss einen Lehrabschluss. Und Bildung hat Auswirkungen auf die Höhe des Erwerbseinkommens. Jede Form der weiterführenden Bildung verringert das Risiko von Einkommensarmut. Unter Menschen mit nur Pflichtschulabschluss ist die Armutsgefährdungsquote in Österreich mit 14 % überdurchschnittlich hoch. Unter AbsolventInnen einer Lehre oder mittleren beträgt sie 7 %. Bei MaturantInnen und AkademikerInnen ist die Armutsgefährdungsquote mit 5 % unterdurchschnittlich.³⁷

28 % der Tirolerinnen und Tiroler über 15 Jahren (etwa 152.000 Menschen) hatten 2005 als höchste abgeschlossene Bildung einen Pflichtschulabschluss³⁸. 181.400 (54 %) der Erwerbstätigen hatten zuletzt (2001) den Abschluss einer Lehre oder berufsbildenden mittleren Schule aufzuweisen. Fast 34.000 (10 %) der Erwerbstätigen hatten den Abschluss einer Allgemeinbildenden oder Berufsbildenden höheren Schule aufzuweisen. Und 34.400 (10%) hatten den Abschluss eines Kollegs, einer Akademie, Hochschule oder Universität.³⁹ Damit ist das **allgemeine Bildungsniveau der TirolerInnen geringfügig schlechter** (zwischen 1 % und 3 %) als im österreichischen Durchschnitt.⁴⁰ Im Schuljahr 2003/04 lag der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen mit 43,1% aller SchülerInnen und Studierenden in Tirol immer noch etwas unter dem österreichischen Durchschnitt (45,6%).⁴¹

44 % aller Frauen in Tirol (ab 15 Jahren; sowohl erwerbstätige als auch nicht erwerbstätige) (124.900 Personen) hatten zuletzt (2001) als höchste abgeschlossene Bildung nur einen

³⁷ EU-SILC 2005, S.36

³⁸ EU-SILC 2005, S.139

³⁹ vgl. Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.156

⁴⁰ Die Zahlen für Gesamtösterreich: Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung Lehre oder berufsbildende mittlere Schule 53%, Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung AHS/BHS 12% und darüber 11%.

⁴¹ Statistisches Jahrbuch 2006, Kap. 4.09

Pflichtschulabschluss, dagegen nur 30 % (79.200) der Tiroler Männer.⁴² Im Bereich der höheren Bildung haben die Frauen in Tirol allerdings deutlich aufgeholt: hatten noch 1991 nur 11,8% der Frauen Matura oder Hochschulabschluss (16,3% der Männer), so waren es 2001 bereits 15,7% der Frauen (18,7 % der Männer).⁴³

„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko

Haushalte mit pflegebedürftigen oder Personen mit besonderen Bedürfnissen haben ein durchschnittliches Armutsrisiko, wenn Leistungsbezüge in Form von Pflegegeld oder einer erhöhten Familienbeihilfe zur Verfügung stehen und in Anspruch genommen werden. Die Armutsgefährdungsquote erhöht sich allerdings sprunghaft (auf 20 %), wenn solche Leistungen nicht zur Verfügung stehen oder nicht ausreichen, um den Betreuungs- und Pflegeaufwand zu bezahlen, was nach Aussage des Sozialberichts 2003/2004 bei Haushalten mit zusammen 236.000 Menschen in Österreich der Fall ist, in denen zumindest eine Person mit besonderen Bedürfnissen lebte, die keinen oder einen nicht ausreichenden Leistungsbezug hatte. Im Fall dieser Gruppe wird die Bedeutung von ausreichenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zur Verringerung von Armutsgefährdung besonders deutlich. Die Diskussionen um den „Pflegenotstand“ in Österreich seit dem Sommer 2006 zeigten deutlich auf, dass die bestehenden Leistungen bei höheren Betreuungs- und Pflegeaufwand vielfach nicht ausreichen. In ländlichen Regionen ist zudem die Nichtinanspruchnahme eigentlich gebührender Leistungen oft hoch. Man spricht von sog. „verschämter Armut“.

In **Tirol** erhielten zuletzt (2003) 20.225 Menschen das Pflegegeld des Bundes (es steht Personen zu, die einen Pensionsanspruch haben). Mit 3 % der Bevölkerung nahmen es **deutlich weniger als im Bundesschnitt** (3,7 %). Die Hälfte von ihnen (49,9 %) war in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2. Im Bundesdurchschnitt waren es 55,6 %. 50,1 % der pflegebedürftigen in Tirol fielen in eine höhere Pflegestufe 3 bis 7. In Bundesschnitt fielen nur 44,4 % in diese Pflegestufen. Tirol wies also einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Menschen mit höherem Pflegebedarf auf. Nach Angaben der Statistik Austria bezogen in Tirol im Jahr 2003 weitere 3.737 Menschen Landespflegegeld (es steht Personen zu, die keinen Pensionsanspruch haben). Mit 5 von 1000 EinwohnerInnen lag der Anteil der Bevölkerung, welcher Landespflegegeld bezog, ebenfalls und in diesem Fall sogar deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt (von 7 pro 1000).

Es gibt allerdings auch in Tirol eine deutliche Differenz zwischen der Zahl der Personen, die Pflegegeld in Anspruch nehmen, und solchen, die in einem Alter sind, in dem üblicherweise

⁴² Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.154

⁴³ Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.18

Pflegebedarf entsteht. Die Zahl der Menschen ab 75 Jahren (mehr als 40.000) ist in Tirol fast doppelt so hoch als die Zahl jener, die tatsächlich Pflegegeld bezieht.

Pflegebedürftige Menschen können mit den Pflegegeldern an Hilfspersonen, Soziale Dienste oder Pflegeeinrichtungen Kostenbeiträge für deren Dienstleistungen bezahlen. Auch steuerliche Maßnahmen helfen. Ohne Selbstbehalt können beispielsweise Aufwendungen für Behinderungen von Kindern als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden. Der Großteil der behinderten Kinder und Jugendlichen erhält darüber hinaus eine erhöhte Familienbeihilfe.

Armutgefährdung von Haushalten mit pflegebedürftigen Menschen entsteht allerdings meist dadurch, dass die Erwerbstätigkeit pflegender Angehöriger eingeschränkt wird und/oder erhebliche Kosten für Pflegehilfe anfallen. Ein Großteil der Pflegeleistungen in Österreich wird nicht von Sozialen Diensten oder in Geriatrischen Einrichtungen erbracht, sondern innerhalb der Familien - und hier überwiegend von Frauen – sowie in zunehmenden Maße von Betreuungs- und Pflegekräften aus dem Ausland. Eine großangelegte Untersuchung der häuslichen Pflege durch das Sozialministerium im Jahr 2003 ergab, dass in 80 bis 90 % der Betreuungs- und Pflegefälle Hilfsmaßnahmen (wie Einkaufen und Reinigung der Wohnung) durch Angehörige erfolgten und in nur 15 bis 20% durch mobile Dienste und stationäre Einrichtungen. Auch aufwändigere Betreuungs- und Pflegemaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten, Notdurftbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich wurden mehrheitlich von Angehörigen durchgeführt.⁴⁴ *„Zwei Drittel der untersuchten Pflegegeldbezieherinnen und –bezieher nehmen professionelle Dienste gar nicht in Anspruch.“*

Laut Mikrozensus 2002 gab es in Österreich 281.900 Frauen (66 %) und 144.000 Männer (34 %), die nahe Angehörige pflegten und betreuten. Insgesamt wurden 464.800 Personen gepflegt.⁴⁵ Umgelegt auf **Tirol** hieße das, **dass mehr als 39.000 Personen durch etwa 29.200 Angehörige betreut und gepflegt** wurden bzw. werden.

Als private PflegehelferInnen fungierten laut der Untersuchung des Sozialministeriums vorwiegend Kinder, Schwiegerkinder und PartnerInnen. Die große und wachsende Zahl ausländischer Betreuungs- und Pflegekräfte wurde offenkundig nicht erkannt oder erfasst. Ein Drittel der pflegenden Frauen – sie wandten im Durchschnitt 11,4 Stunden pro Woche für die Pflege auf - ist durch Berufstätigkeit einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt. Jede/r zweite Pflegeperson empfindet eine psychische Belastung, jede/r dritte auch eine körperliche.

⁴⁴ Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004

⁴⁵ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003, S. 44

Etwa die Hälfte der pflegenden Angehörigen arbeitet nur Teilzeit, verzichtet für diese Pflege auf Erwerbseinkommen und gerät deshalb in Armutsrisiko. Zwar wird seit 1993 in Österreich je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Pflegegeld gewährt, mit dem Pflegeleistungen abgegolten werden sollen. Doch übersteigt die erbrachte Pflegeleistung wertmäßig oft weit das Pflegegeld. Denn der implizierte Stundenlohn beträgt in der Pflegestufe 1 nur 2,80 Euro, in der Pflegestufe 7 6,13 Euro.

Die deutliche Zunahme älterer Menschen in den kommenden Jahrzehnten wird auch den Pflegebedarf deutlich erhöhen, sofern sich nicht der allgemeine Gesundheitszustand älterer Menschen deutlich verbessert. Die Zahl von Menschen über 75 Jahren in Tirol wird sich von derzeit (2005) rund 45.000 auf etwa 90.000 im Jahr 2030 verdoppeln, die Zahl der über 85-jährigen wird sogar von etwa 10.000 auf rd. 25.000 (also um das Eineinhalbfache) zunehmen.⁴⁶ Kommt es zu keinem deutlichen Ausbau von Pflegediensten und –einrichtungen bzw. der für Pflegeleistungen bereitgestellten Gelder (sei es über ein erhöhtes Pflegegeld, einen Pflegefonds oder eine Pflegeversicherung) und Pflegepersonal, so werden in noch viel höherem Maß als heute Familienmitglieder – oder billige ausländische Betreuungs- und Pflegekräfte - die Pflege Angehöriger erbringen und ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen.

Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, z.T. SeniorInnen- und vor allem Pflegeheime) werden durch die Bundesländer organisiert und entlasten Haushalte von solchen pflegerischen Leistungen. Zuletzt (2004) wandte das Land Tirol für die Alten- und Pflegeheime 110,8 Mio. Euro aus, 76,1 Mio. für Behindertenhilfe sowie für das Landespflegegeld 20,4 Mio. Euro.⁴⁷

Über 20.000 Tiroler PensionistInnen weiterhin armutsgefährdet

Die Einkommensunterschiede aus dem aktiven Erwerbsleben finden ihre Fortsetzung in der Pension: Während die durchschnittliche Pension eines Arbeitnehmers in Tirol im Jahr 2005 jährlich 17.576 Euro netto (Österreich: 17.792) betrug (= ca. 1.255,- x 14), betrug die durchschnittliche Pension einer Arbeitnehmerin in Tirol im Jahr 2005 nur 11.269 Euro netto (Ö: 12.051) (= ca. 861,- x 14).⁴⁸

Die durchschnittlichen Pensionen lagen damit in Tirol bei Frauen um ca. 7 % und bei Männern um rund 1 % unter dem österreichischen Durchschnitt, damit aber insgesamt immer noch deutlich über der Armutsgefährdungsschwelle. Dieser Durchschnitt spiegelt allerdings nicht die große Bandbreite und Unterschiede der Pensionshöhen wieder.

⁴⁶ ÖROK – Bevölkerungsprognose 2001-2031, Wien 2004

⁴⁷ Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 08, S. 225

⁴⁸ Lohnsteuerstatistik 2005; sie weist 67.240 Frauen und 64.571 Männer auf und enthält auch die PensionsbezieherInnen des öffentlichen Dienstes

In Tirol hatten 2005 Arbeitnehmer damit eine um durchschnittlich 56 % höhere Pension als Arbeitnehmerinnen. Waren die Frauen zumeist ganzjährig beschäftigt, so betrug ihre Nettojahrespension 11.625 Euro, waren sie dagegen nicht ganzjährig beschäftigt, dann betrug ihre Pension nur 4.938 Euro,⁴⁹ womit sie deutlich unter der Armutsgrenze lag. Das bedeutet, dass nicht ganzjährige Beschäftigung sowohl im Erwerbsleben wie auch in der Pension für Frauen mit hoher Wahrscheinlichkeit Armutsgefährdung bedeuten. 29 % (etwa 18.400) der 63.800 Tiroler Pensionistinnen hatte (2001) keine Eigenpension, sondern ausschließlich eine Hinterbliebenenpension.⁵⁰ Dagegen hatten praktisch alle Männer eine Eigenpension, was die Rollenverteilung vergangener Zeiten widerspiegelt.

Im Dezember 2006 hatten 15,6% der Tiroler PensionistInnen eine so niedrige Eigenpension, dass sie eine Ausgleichszulage (in einer durchschnittlichen Höhe von 276 Euro pro Monat⁵¹) bekamen. Das war **die höchste durchschnittliche Ausgleichszulage aller Bundesländer** und nach Kärnten und der Steiermark auch der **dritthöchste Anteil an Ausgleichsrentnern** aller Bundesländer.⁵² Im Dezember 2006 beschloss der Nationalrat, den Ausgleichszulagenrichtsatz (für Einzelpersonen) ab 2007 auf 726 Euro für Alleinstehende und 1.091 Euro für Ehepaare monatlich anzuheben, was der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2004 entspricht. Die Höhe dieser Pensionen mitsamt der Ausgleichszulage lag dennoch unter der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2005 – bei Einzelpersonen etwa um 45 Euro monatlich, bei Paaren um etwa 65 Euro pro Monat. Mit anderen Worten: im Dezember 2006 waren damit immer noch **20.363 AusgleichszulagenbezieherInnen in Tirol armutsgefährdet**. Frauen waren hiervon stärker betroffen, denn sie stellen 70 % dieser Gruppe dar⁵³.

Stark armutsgefährdet sind generell in Österreich und damit auch in Tirol alleinstehende Frauen. 25 % aller alleinstehenden Pensionistinnen sind armutsgefährdet, aber auch 19 % aller alleinstehenden Frauen im erwerbsfähigen Alter.⁵⁴ Haushalte von Alleinerzieherinnen (etwa 253.000 in Österreich) und alleinstehenden Frauen (etwa 302.000 in Österreich)⁵⁵ sowie Pensionistinnen (etwa 416.000 in Österreich)⁵⁶ stehen am unteren Ende der Einkommenskala in Österreich. Knapp 70.000 aller erwachsenen Tiroler Frauen sind unverheiratet, weitere 51.000 geschieden oder verwitwet. Etwa 40.000 Tirolerinnen leben alleine, 25.500 sind Alleinerzieherinnen.

⁴⁹ Lohnsteuerstatistik 2005

⁵⁰ Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.12

⁵¹ der Durchschnitt in Österreich liegt bei 250 Euro pro Monat

⁵² Hauptverband der Sozialversicherungsträger

⁵³ www.bmsk.gv.at

⁵⁴ EU-SILC 2005, S.43

⁵⁵ EU-SILC 2005, S.40

⁵⁶ EU-SILC 2005, S.43

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Haushalte mit kleinen Kindern (4 bis 6 Jahre) haben in Österreich ein überdurchschnittliches Armutsrisiko (17 %) ⁵⁷. Erst wenn das jüngste Kind im Haushalt sieben Jahre alt ist, kann ein deutlicher Rückgang des Armutsrisikos verzeichnet werden, weil – durch die Schulpflicht – Kinderbetreuungsaufwand bzw. -kosten zurückgehen und die Frau wieder stärker in das Erwerbsleben eingebunden ist.

Der Sozialbericht 2003/04 nennt ausdrücklich „das Problem mangelnder externer Kinderbetreuung“, durch das sich Frauen aus dem Erwerbsarbeitsprozess zurückziehen müssen. ⁵⁸ 57% der Frauen mit Kleinkindern (bis 6 Jahren) in Österreich können nur Teilzeit arbeiten und sind damit enorm abhängig von einem Erwerbseinkommen eines Lebenspartners.

Etwa 120.000 (2005) Tiroler Kinder sind unter 15 Jahre und damit in einem Alter, wo noch mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. In Tirol lebten im Jahr 2005 etwa 50.000 Kinder unter 6 Jahren, also im Vorschulalter. Laut Kindertagesheimstatistik 2005/06 befanden sich davon aber nur 20.500 Kinder in Krippen oder Kindergärten. ⁵⁹ Das heißt, dass **nur 41 % der Tiroler Vorschulkinder in Betreuungseinrichtungen untergebracht** waren, aber 59 % zu Hause oder in einer anderen Form (Tagesmütter, Spielgruppen, Verwandte, usw.) betreut werden. Die größten Betreuungsmängel in Tirol gibt es bei Schulkindern zwischen 6 und 9 Jahren. In dieser Gruppe werden nur 3,2% der Kinder nicht zu Hause betreut, während der österreichische Durchschnitt bei 11,9% liegt.

Unter mangelnder Kinderbetreuung leiden in besonderem Maße alleinerziehende Haushalte. „89.000 Personen, beinahe jede dritte Person (31%) in einem alleinerziehenden Haushalt ist armutsgefährdet. Trotz ihrer sehr hohen Erwerbsbeteiligung von 77% gehören Alleinerziehende zu den gefährdetsten Gruppen“, stellt der Sozialbericht 2003/2004 für Österreich fest.

⁶⁰ Und: „Bestehende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben demnach einen besonderen Nachteil für alleinerziehende erwerbstätige Frauen und ihre Kinder.“

⁶¹ Der Sozialbericht kommt daher zum Schluss: „Es ist daher essentiell, Frauen mit Familie ausreichend bezahlte Erwerbstätigkeit und die damit verbundene Kinderbetreuung zu ermöglichen, um Familien und ihre Kinder vor Armut zu schützen. Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten.“ ⁶²

⁵⁷ EU-SILC 2005, S.40

⁵⁸ Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.217

⁵⁹ Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2005/2006, S. 30 und 35

⁶⁰ Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁶¹ Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁶² Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

In etwa jede sechste Familie in Tirol ist ein AlleinerzieherInnen-Haushalt (ca. 29.300 der ca. 182.000 Familien mit Kindern). In diesen Haushalten lebten zuletzt (2001) etwa 41.400 Kinder, 17.700 (43 %) von ihnen waren unter 15 und damit in einem mehr oder weniger betreuungsbedürftigen Alter. 85 % bzw. knapp 25.500 der alleinerziehenden Elternteile in Tirol waren bzw. sind Frauen mit zusammen 36.000 Kindern.

Die Armutsgefährdungsquote von alleinerziehenden Haushalten war zuletzt (2005) mit 27 %⁶³ überdurchschnittlich hoch. Man kann davon ausgehen, dass daher zuletzt (2005) **in Tirol etwa 7.900 alleinerziehende Haushalte mit zusammen fast 19.100 Erwachsenen und Kindern armutsgefährdet waren**, davon etwa 6.900 Haushalte von alleinerziehenden Frauen (mit zusammen 16.600 Frauen und Kindern).

Mit 21 %⁶⁴ überdurchschnittlich hoch ist auch die Armutsgefährdungsquote von Familien mit drei und mehr Kindern. Solche gab es in Tirol zuletzt (2001) fast 21.600 mit zusammen fast 72.000 Kindern, von denen etwa 27.400 unter 15 Jahre alt waren, also in einem Alter, wo mehr oder weniger Betreuung notwendig ist.⁶⁵ Über 110.000 Menschen lebten in solchen Familien mit 3 und mehr Kindern. Geht man von der durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote solcher Familien aus, so würde das bedeuten, dass (abzüglich der alleinerziehenden Haushalte) **in Tirol etwa 21.600 Erwachsene und Kinder armutsgefährdet sind, weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern leben** und dadurch eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten bzw. überdurchschnittliche Lebenshaltungskosten haben.

15 % der Kinder und Jugendlichen in Österreich leben in Haushalten, die armutsgefährdet sind. **In Tirol sind es 20 %**. Das sind **33.000 Kinder und Jugendliche**.⁶⁶

Ein Viertel der MigrantInnen ist armutsgefährdet

Über ein Viertel der MigrantInnen in Österreich (26 %) ist armutsgefährdet. 79 % der MigrantInnen (einschließlich der Kinder und Älteren) müssen mit einem Einkommen unter dem oder in der Höhe des Medianeinkommen leben, nur 21 % steht höheres zur Verfügung. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Zudem wird die Hausarbeit und Kindererziehung aus kulturellen Gründen zumeist den Frauen zugeteilt, was vor allem in der muslimischen Bevölkerung zu einer geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen führt. Und mit nur ei-

⁶³ EU-SILC 2005, S.40

⁶⁴ EU-SILC 2005, S.40

⁶⁵ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.200

⁶⁶ EU-SILC 2005, S.142

nem Erwerbseinkommen ist die Lebenshaltung heute meist schwierig. „*Der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft verbessert die Situation dieser Gruppe aber kaum.*“⁶⁷

In Tirol lebten zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung 2001 etwa 63.600 Menschen (MigrantInnen) ohne österreichische Staatsbürgerschaft, das waren etwa 9,4% der Bevölkerung. Weitere 30.600 eingebürgerte Tirolerinnen und Tiroler (4,5%) waren im Ausland geboren.⁶⁸ Wenn man die Armutsgefährdungsquote unter MigrantInnen in Österreich (27 %) bzw. Eingebürgerten (26 %) heranzieht und davon ausgeht, dass die Armutsgefährdung in Tirol nicht wesentlich anders ist, so kann angenommen werden, dass **in Tirol etwa 25.000 MigrantInnen und Eingebürgerte armutsgefährdet** sind.

Hohe Wohnkosten in Tirol

Laut Mikrozensus 2006 gab es in Tirol im Jahresdurchschnitt 2006 279.200 Wohnungen mit Hauptwohnsitz. 53,5 % der Wohnungen wurden erst nach 1970 gebaut. Mit durchschnittlich 98 m² Nutzfläche liegt Tirol im Österreichvergleich eher im unteren Bereich (weniger durchschnittliche Nutzfläche haben nur die Wiener und Salzburger). Über 51% der Wohnhäuser in Tirol umfassen nur 1 oder 2 Wohnungen. Der Anteil der 1-Personen-Haushalte lag mit 30,7% unter dem österreichischen Durchschnitt (34,7%) ebenso der Anteil der Mietwohnungen (mit 30%).⁶⁹

Im Jahr 2006 betrug der durchschnittliche **monatliche Wohnungsaufwand** in Tirol (für entgeltliche genutzte Wohnungen) 408 Euro und lag damit **deutlich – um 12 % - über dem österreichischen Durchschnitt** (365 Euro).⁷⁰ Die durchschnittlichen Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie laut Konsumerhebung (hier werden auch die Kosten selbstgenutzter Eigentumswohnungen und Eigenheime mit eingerechnet) liegen in Tirol mit durchschnittlich 592 Euro pro Monat etwas über dem Österreichdurchschnitt (566 Euro). In Tirol wurden durchschnittlich 22,5% der Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie benötigt (Ö: 22,3%).⁷¹

Berufstätige hatten laut Mikrozensus in der Regel einen höheren durchschnittlichen Wohnungsaufwand (ca. 400 Euro monatlich) zu tragen als Nichtberufstätige (knapp 300 Euro monatlich). Selbständige, FacharbeiterInnen, Angestellte und BeamtInnen, aber auch Familien mit Kindern, die überwiegend in Wohnungen mit 4 Wohnräumen wohnen, hatten durchschnittlich 442 Euro an monatlichen Wohnkosten. ArbeiterInnen und PensionistInnen sowie

⁶⁷ Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁶⁸ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I - Tirol, S.104

⁶⁹ Mikrozensus 2006, Wohnungsfragen

⁷⁰ Mikrozensus 2006, Wohnungsaufwand

⁷¹ Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, S.203-224

Ehepaare ohne Kinder, die meist Wohnungen mit 3 Wohnräumen bewohnten, hatten in solchen durchschnittlich 375 Euro an monatlichen Wohnkosten. Und Einpersonenhaushalte, die meist in Wohnungen mit 2 Wohnräumen leben, hatten in solchen Wohnungen durchschnittliche Wohnkosten von 303 Euro monatlich.

Rund 36.550 Tiroler Wohnungen (12%) waren 2001 (laut Gebäude- und Wohnungszählung) im Eigentum einer Gebietskörperschaft oder gemeinnützigen Bauvereinigung und somit einer gewissen sozialen Mietpreisbindung unterworfen.⁷² In ihnen wohnten etwa 62.000 Menschen. Auch beim Wohnen ist die Bedeutung von Sozialleistungen – in diesem Fall der Wohnbauförderung – wichtig, die zur Senkung der Wohnkosten durch objekt- und subjektfördernde Maßnahmen beiträgt.

Dennoch: **Für 15% der TirolerInnen** (immerhin 101.000 Menschen) stellten die **Wohnkosten** in Tirol zuletzt (2005) eine **starke Belastung** dar. Damit liegt Tirol über dem Bundesdurchschnitt von 14 %.⁷³

Das Kostenniveau ist vor allem für neu auf den Wohnungsmarkt tretende Personen belastend. Der Immobilienpreisspiegel 2005 weist für Tirol durchschnittliche Mieten bei einer Neuvermietung zwischen 4,30 und 6,80 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert und 4,90 bis 7,90 Euro/m² bei gutem Wohnwert auf – zuzüglich Betriebskosten, Heizung, Warmwasser und Strom. Die Kosten einer gebrauchten Eigentumswohnung betragen zwischen 845 und 1.337 Euro/m² bei einfachem Wohnwert und 1.000 bis 1.640 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert, neue Eigentumswohnungen waren 2005 nicht unter 1.395 Euro/m² zu bekommen.⁷⁴

Generell sind die **Wohnkosten in Tirol im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr hoch**. Innsbruck und der Bezirk Kitzbühel gehören mit den Städten Salzburg und Wien zu den teuersten Wohngegenden Österreichs. Frei vereinbarte Mieten sind nur im 1. Wiener Bezirk noch höher als im Bezirk Kitzbühel. Hier übertrifft auch Innsbruck fast alle Wiener Bezirke. Das gleiche gilt für gebrauchte Eigentumswohnungen. Neue Eigentumswohnungen sind nur in Salzburg und im 1. Wiener Gemeindebezirk noch teurer als im Bezirk Kitzbühel. Innsbruck hat bei neuen Eigentumswohnungen und Reihenhäusern Preise wie die Wiener Nobelbezirke Hietzing, Währing und Döbling. Und Einfamilienhäuser sind im Bezirk Kitzbühel sogar die teuersten in ganz Österreich – teurer sogar als in Wien-Döbling. Auch die Innsbrucker Preise übertreffen die meisten Wiener Bezirke.

Verlässliche Zahlen zur Wohnungslosigkeit in Tirol gibt es nicht. Laut der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe“ gab es allein in Innsbruck 2006 etwa 520 Obdachlose Men-

⁷² Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Tirol

⁷³ EU-SILC 2005. S.123

⁷⁴ Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2005

schen⁷⁵. Bundesweite Zahlen sind nicht verfügbar. Auch die Zahl der Kündigungs- und Räumungsverfahren ist in den letzten Jahren gestiegen und betrug in Tirol zuletzt (2005) 1.647.

76

Anstieg der Haushaltsausgaben

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der tatsächlichen Armut sind in den letzten Jahren neben eher stagnierenden Einkommen die wachsenden Lebenshaltungskosten. In den Jahren 2000 bis 2005 sind die Reallöhne in Österreich zweimal (2000 und 2001), die Pensionen sogar jedes Jahr real zurückgegangen, weil die Preissteigerungsraten über den Lohn-, Gehalts- und Pensionsanpassungen lagen.

Auch der Sozialbericht 2003/2004 räumt ein, „dass *Änderungen in den Ausgaben und Kostenstrukturen einen ressourcenzentrierten Ansatz nicht berühren.*“⁷⁷ Und derartige finanzielle Belastungen (durch Steuer- und Abgabenerhöhungen, durch höhere Wohn- und Energiepreise oder Gesundheitskosten) gab es in den letzten Jahren unzweifelhaft.

Die Statistik Austria weist den allgemeinen Anstieg der Verbraucherpreise seit dem Jahr 2000 bis 2005 mit 10,6% aus. Die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind im gleichen Zeitraum überdurchschnittlich stark um 14,9% und Kosten für die Gesundheit um 13,7% gestiegen.⁷⁸ Allein die Großhandelspreise von Heizöl wurden in dieser Zeit um 34,1% teurer, von Koks und Kohle um 39,9%, von Obst, Gemüse und Kartoffeln um 26,3%.⁷⁹ Diese Verteuerungen treffen armutsgefährdete Menschen besonders stark, weil diese einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel, Wohnen und Gesundheit aufwenden müssen. „*Jede Erhöhung bei den Ausgaben belastet untere Einkommenshaushalte überproportional.*“⁸⁰

Deutlich wird die erhöhte Belastung auch bei der veränderten Nachfrage bei Sozialeinrichtungen. Während es sich bis vor wenigen Jahren vorwiegend um finanzielle Hilfe für die Möglichkeit sozialer Teilhabe (zum Beispiel Schulskikurse) gehandelt hat, hat sich die Nachfrage mittlerweile auf elementare Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel und Heizkosten ausgeweitet.

⁷⁵ Wohnungslosenerhebung 2006, Caritas Innsbruck

⁷⁶ BM für Justiz – Anfragebeantwortung 3897/J-NR/2006

⁷⁷ Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

⁷⁸ Im 1.Halbjahr 2006 gab es im Vergleich zum Referenzjahr 2005 einen Anstieg des Gesamtindex von 1,2%; die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind um 3,3% und für Gesundheit um 0,9% gestiegen.

⁷⁹ Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 10.03 und 10.04

⁸⁰ Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

Durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in Tirol 2004/05⁸¹

Ausgabengruppe		Haushalte	Äquivalenz-
	in %	in Euro	
Ernährung	12,9	342	218
Alkohol, Tabak	3,2	86	57
Bekleidung, Schuhe	6,2	166	110
Wohnen, Energie	22,5	597	398
Wohnausstattung	6,6	176	122
Gesundheit	3,2	86	61
Verkehr	15,3	407	244
Kommunikation	2,5	66	41
Freizeit, Sport, Hobby	12,9	342	222
Bildung	0,5	14	7
Hotel, Cafes, Restaurants	5,2	137	92
sonstiges	8,9	240	152
Ausgaben insgesamt	100,0	2.660	1.723

Die **durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben** waren in Tirol zum Zeitpunkt der letzten Erhebung (Konsumerhebung 2004/05) mit durchschnittlich 2.660 Euro monatlich die **dritthöchsten aller Bundesländer** (nach Oberösterreich und Salzburg). Überdurchschnittlich waren in Tirol vor allem die Ausgaben für Wohnen und Energie.

Verschuldung erhöht Armutsgefährdung stark

Weder der Sozialbericht noch die Daten von EU-SILC geben Auskunft über die zunehmenden Ver- und Überschuldung privater Haushalte. Faktum ist allerdings, dass mit Privatkonkursen und Lohnpfändungen der finanzielle Spielraum von Haushalten enorm eingeschränkt wird.

Die Überschuldung privater Haushalte stellt auch in Tirol ein immer größeres Problem dar: 2006 wurden in Tirol 651 Privatkonkurse eröffnet mit einer durchschnittlichen Verschuldung von über 167.800 Euro. Tirol hatte im Jahr 2006 nach Wien die **zweithöchste Verschuldung privater Haushalte aller Bundesländer** (109,3 Mio. Euro) und auch eine über dem Durchschnitt (130.000 Euro) liegende Verschuldung pro Fall. Im Vergleich zu 2005 hat sich die Zahl der Privatkonkurse weiter erhöht.⁸²

Hauptgründe für private Überschuldung sind bei jüngeren Menschen das Handy als "Einstiegsdroge", Konsumzwang, Kontoüberziehungen und Umschuldungen sowie mangelhaftes

⁸¹ Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, Seite 203-224; nicht regelmäßige Ausgaben (wie Energieabrechnungen, Urlaube, größere Anschaffungen, Reparaturen usw.) werden in dieser Darstellung auf die monatlichen Kosten umgerechnet.

⁸² Insolvenzstatistik 2006 des Kreditschutzverbandes, S.20

Wissen um den richtigen Umgang mit Geld. Bei Erwachsenen sind es häufig ehemalige Selbstständigkeit, eine Scheidung oder Trennung, die Übernahme von Bürgschaften sowie Hausbau bzw. Haus- oder Wohnungskauf.

Die weitaus größten Gläubiger sind die Banken. Konsumkredite werden auch deshalb so stark beworben, weil für die Banken die Möglichkeit der rigorosen Eintreibung der Schulden durch Lohnpfändung besteht. In einigen EU-Staaten sind derartige Gehaltspfändungen entweder überhaupt nicht vorgesehen oder nur dann möglich, wenn es sich dabei um Unterhaltsschulden oder um Forderungen des Staates (z.B. Steuerforderungen) handelt. Diese fehlende Möglichkeit für Gehaltspfändungen seitens kommerzieller Gläubiger hat in diesen Ländern zur Folge, dass bei der Vergabe von Krediten viel vorsichtiger vorgegangen wird.

Armut ist ein Gesundheitsrisiko

Ärmere Menschen sind statistisch gesehen häufiger krank, woraus auch eine deutlich niedrigere Lebenserwartung resultiert. Bestimmte Erkrankungen (wie Arthritis, Bronchitis, Magen-Darm- und Herzerkrankungen, physische Beeinträchtigungen, Zahnverlust) treten bei ärmeren Personen häufiger auf. Ärmere nehmen Fachärzte weniger oft in Anspruch und werden früher und häufiger pflegebedürftig. Arbeitslose leiden häufiger an psychosomatischen Beschwerden wie Schlaflosigkeit, depressiven Symptomen, Ängsten und Magen-Darmstörungen und weisen einen erhöhten Suchtmittelkonsum auf. Alleinerzieherinnen haben doppelt so oft einen schlechten allgemeinen Gesundheitszustand, doppelt so oft zwei oder mehrere chronische Krankheiten bzw. Depressionssymptome als Mütter in Partnerschaften. Umgekehrt haben Kranke weniger Chancen am Arbeitsmarkt.⁸³

Neben dem Einkommen ist Bildung der wichtigste Faktor für gute Gesundheit. Menschen mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss haben ein um 50 bis 100 % höheres Sterberisiko als HochschulabsolventInnen.⁸⁴ Wichtig für die Gesundheit ist auch die Qualität der Wohnverhältnisse: 32 % der Armen leben in Wohnungen mit undichtem Dach, Schimmel oder feuchten Wänden. Ein Fünftel verfügt über keine angemessene Heizmöglichkeit. Bei Kindern von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern treten überproportional asthmatische Erscheinungen auf. Menschen mit geringerem Bildungsgrad beurteilen (wohl zu Recht) ihren Gesundheitszustand signifikant schlechter als Menschen mit höherer Bildung.⁸⁵

Kinder sind von Armut besonders betroffen, weil sie ihre körperliche, geistige, emotionale und soziale Entwicklung einschränkt. Ihre oftmals beeinträchtigte Leistungsfähigkeit und

⁸³ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002

⁸⁴ G.Doblhammer-Reiter: Soziale Ungleichheit vor dem Tod, 1996

⁸⁵ EU-SILC 2005, S. 125

psychische Ausgeglichenheit vermindern ihre Teilhabechancen und berühren den gesamten Prozess des Aufwachsens. Kinder in armen Haushalten neigen zu Übergewicht: Auf den Tisch kommen vorwiegend süße, sättigende Speisen und fettreiche Fertiggerichte. Bei Jugendlichen aus niederen sozialen Schichten zeigt sich auch erhöhter Nikotin- und Alkoholkonsum.⁸⁶ Kinder werden vor allem von Alleinerzieherinnen in die Schule geschickt, auch wenn sie krank sind – denn sie fürchten um ihren Arbeitsplatz bei häufigem Fehlen und Pflegeurlaub. Auch die Säuglingssterblichkeit ist „unten“ höher als „oben“. Eine Befragung von 3.328 Schülern (11-15 Jahre) ergab, dass bei Unterschicht-Kindern häufiger Kopfschmerzen, Nervosität, Schlafstörungen und Einsamkeit auftreten.

Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung

In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand in Österreich 60 % des Gesamteinkommens aus! Ohne Sozialtransfers wären in Österreich beispielsweise 35 % aller alleinstehenden Frauen armutsgefährdet und sogar 55 % aller AlleinerzieherInnen. Leistungen der öffentlichen Hand sind daher von größter Bedeutung, um die Armutsgefährdung zu verringern.⁸⁷

Solche Leistungen sind vor allem finanzielle Unterstützungen bzw. Dienstleistungen des Bundes bzw. der Sozialversicherungen bei Arbeitslosigkeit, Unfall oder Krankheit, Pensionen und Pflegegelder, die diversen Familienleistungen (wie Wochengeld, Familienbeihilfe, Steuerabsetzbeträge, Kinderbetreuungsgeld sowie diverse Schul- und Studienbeihilfen), aber auch die Sozialleistungen der Länder und Gemeinden, vor allem die Sozialhilfe, die Wohn- und Mietzinsbeihilfen, die Behinderten- und Flüchtlingshilfen, Kinderbetreuungs- oder Seniorenheimen.

Fast ein Drittel aller Einkommen in Tirol kommen aus Sozialleistungen (12%) und Pensionen (19%). Für 183.000 Tirolerinnen und Tiroler (27% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle.⁸⁸ Ohne die Sozialleistungen und Pensionen wären nicht „nur“ 95.000, sondern 194.000 Tirolerinnen und Tiroler (28 % der Bevölkerung) nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm. 99.000 Menschen kommen in Tirol durch Sozialleistungen und Pensionen aus dem Bereich der Armutsgefährdung heraus, 95.000 bleiben armutsgefährdet, weil diese Leistungen nicht hoch genug sind, um 60% des Medianeinkommens zu erreichen.⁸⁹

⁸⁶ ÖBIG 2002

⁸⁷ dazu Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁸⁸ EU-SILC 2005, S.108 ff.

⁸⁹ EU.SILC 2005, S.131

Schon derzeit reichen also die bestehenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen in Österreich wie auch in Tirol nicht aus, um Armutsgefährdung und Armut zu verhindern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Einnahmekenürzungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung, weil dadurch entweder die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen und damit die Einkünfte von Menschen aus solchen Leistungen verringert oder aber Ausgaben für private (Zu-)Zahlungen („Selbstbehalte“, „private Vorsorgen“) erhöht werden. Ebenso wirken öffentliche Abgabenerhöhungen armutsgefährdend, wenn sie belastend auf lebensnotwendige Bereiche wie das Wohnen, Energie, die Einkommen oder die Mobilität wirken.

Die deutlich höhere Zahl arbeitsloser Menschen in Österreich hat in den vergangenen Jahren bei gleichzeitiger Kürzung des Arbeitslosengeldes zur höheren Armutsgefährdung ebenso beigetragen wie die Senkung verschiedener Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, wodurch die Sozialversicherungen zu Leistungseinschränkungen gezwungen wurden. Auch das Einfrieren der Wohnbauförderungsbeiträge des Bundes an die Länder und der Wegfall der „Kindergarten-Milliarde“ zum Bau von Krippen, Kindergärten und Horten haben es den Ländern und Gemeinden erschwert, leistbaren Wohnraum bzw. bedarfsorientierte Kinderbetreuungseinrichtungen bereitzustellen. Das Sparen bei öffentlichen Subventionen hat die Arbeit gemeinnütziger sozialer Einrichtungen erschwert. Letztlich hat auch die Verdoppelung der Zuwanderung nach Österreich während der letzten Jahre zu höherer Armutsgefährdung beigetragen, zumal den Ländern und Gemeinden nicht die entsprechenden Ressourcen für eine Integration (im Arbeits-, im Wohn-, im Bildungs- oder Sozialbereich) gegeben wurden.

Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument

Die allgemeine Wirtschaftspolitik und -entwicklung, die Lohn- und Beschäftigungspolitik, die Bildungspolitik, die öffentliche Haushaltspolitik, das Geschlecht, die Zinspolitik, Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Spekulation mit Vermögen bewirken und verstärken Unterschiede in den Einkommen und Vermögen der Bevölkerung und fördern das Entstehen von Armut und Reichtum.

In ganz besonderem Maße tut dies aber die Steuerpolitik. Die Besteuerung von Erwerbseinkommen und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Tirol.

1. Besteuerung von Einkommen

Bei der Besteuerung von Einkommen unterscheidet das österreichische Steuerrecht im Wesentlichen zwischen natürlichen und juristischen Personen. Die Besteuerung der natürlichen Personen ist im Einkommensteuergesetz geregelt, die Besteuerung der juristischen Personen im Körperschaftsteuergesetz.

Einer unbeschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung. Steuermindernd wirken *Sonderausgaben*, *Außergewöhnliche Belastungen* und *Werbungskosten*. Steuerfreie Einkommen sind sehr häufig die Einkünfte aus umverteiltem Einkommen wie etwa Leistungen aus öffentlichen Mitteln (va. Sozialleistungen) und auch bestimmte Teile von Arbeitnehmereinkünften, die der Lohnsteuer unterliegen.

Für Einkommen gilt in der Regel eine jährliche Erklärung der Einkünfte in einer Einkommenssteuererklärung. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird die Einkommensteuer in Form der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber einbehalten bzw. an die Finanzbehörde abgeführt.

In **Tirol** mussten zuletzt (2005) von den 324.440 Arbeitnehmereinkommen 252.402 (78 %) aufgrund des Erreichens einer bestimmten Einkommenshöhe Lohnsteuer bezahlen. Vom durchschnittlichen zu versteuernden Einkommen von 18.949 Euro pro Jahr wurden 3.051 Euro (oder **16,1 %**) als **Lohnsteuer** einbehalten. Insgesamt betragen die Arbeitnehmereinkünfte in Tirol im Jahr 2005 7,34 Mrd. Euro, von denen knapp 990 Mio. Euro als Lohnsteuer einbehalten wurden.⁹⁰ Im Jahr 2001 waren es 6,56 Mrd. Euro bzw. 895 Mio. Euro Lohnsteuern.⁹¹

Die 136.811 Pensionen in **Tirol** (durchschnittliche Höhe 17.064 Euro brutto jährlich) wurden 2005 mit durchschnittlich **11,8 %** (1.904 Euro) **Lohnsteuer** besteuert. Insgesamt betragen die Pensionen in Tirol im Jahr 2005 brutto 2,33 Mrd. Euro, von denen 260 Mio. Euro an Lohnsteuer einbehalten wurden. Im Jahr 2001 waren es 2,04 Mrd. Euro bzw. 247 Mio. Euro an Lohnsteuer.

84.466 Personen wiesen in **Tirol** zuletzt (2004) einkommensteuerpflichtige Einkünfte von zusammen 2,22 Mrd. Euro aus, von denen 710 Mio. Euro an Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen waren.⁹² Sie mussten im Jahr 2004 von ihren steuerpflichtigen Einkünften in Höhe von durchschnittlich 26.347 Euro durchschnittlich **31,9 %** (8.405 Euro) an **Lohn- und Einkommensteuer** bezahlen (zum Vergleich: 2001 waren es durchschnittlich 26.540 Euro bzw.

⁹⁰ Lohnsteuerstatistik 2005, S. 162

⁹¹ Lohnsteuerstatistik 2001, S. 150 f.

⁹² Einkommensteuerstatistik 2004, S. 62 f.

31,1 % oder 8.245 Euro). Von diesen 84.466 Personen waren 30.450 ausschließlich selbständig erwerbstätig, 54.016 hatten auch Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit. Im Jahr 2001 waren es erst 78.808 Personen mit zusammen 1,975 Mrd. Euro Einkommen. Das waren durchschnittlich 25.066 Euro, von denen 32,9 % (8.245 Euro) an Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen waren.⁹³

Nicht-natürliche, also juristische Personen zahlen für ihre Einkommen Körperschaftsteuer. Einer unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht unterliegen im Wesentlichen Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Vereine, Anstalten, Stiftungen, andere Zweckvermögen und sonstige juristische Personen des privaten Rechts. Von der Körperschaftsteuer befreit sind v.a. öffentliche und gemeinnützige Unternehmungen und Vereinigungen, Pensions- und Unterstützungskassen, land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften, kollektivvertragsfähige Berufsvereinigungen und auch Privatstiftungen, für die es im Körperschaftssteuergesetz sogar ausführliche „Sondervorschriften“⁹⁴ gibt. Es dürfen zahlreiche Betriebsausgaben steuermindernd geltend gemacht werden. Die Körperschaftssteuer ist im Gegensatz zur Einkommensteuer nicht progressiv gestaltet. Der Steuersatz betrug bis 2004 34 %, seit 2005 nur mehr 25 %. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wurden im Bundesfinanzgesetz 2007 mit 5,5 Mrd. Euro veranschlagt.

Von den zuletzt (2002) 7.561 „Veranlagungsfällen“ in **Tirol** waren 4.610 Unternehmen (oder 62 %) „Steuerfälle“, die Gewinne auswiesen, 38 % (oder 2.951) dagegen wiesen gegenüber der Finanz Verluste aus.⁹⁵ Die Steuerfälle wiesen zusammen ein zu versteuerndes Einkommen von knapp 900 Mio. Euro (= durchschnittlich 195.187 Euro pro Betrieb) auf, von dem etwa 308 Mio. Euro (**34,2 %**) an **Körperschaftssteuer** (= durchschnittlich knapp 67.000 Euro pro Unternehmen) zu zahlen waren. 38 % aller Tiroler Unternehmen (2.951) hatten kein zu versteuerndes Einkommen ausgewiesen und lediglich knapp 5 Mio. Euro an Mindestkörperschaftssteuer zu zahlen. Noch zwei Jahre zuvor (2000) – im einem Jahr wirtschaftlicher Konjunktur - waren nur 43 % der Tiroler Unternehmen Steuerfälle, die allerdings Gewinne von durchschnittlich 278.694 Euro auswiesen und davon ebenfalls 34,2 % (oder 95.555 Euro pro Unternehmen) an Körperschaftssteuer zahlten.⁹⁶

⁹³ Einkommensteuerstatistik 2001, S. 50 f.

⁹⁴ Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. 80/2003 § 13

⁹⁵ Vgl. Körperschaftssteuerstatistik 2002, S. 46 und 122

⁹⁶ Körperschaftssteuerstatistik 2000, S. 46 und 120

Durchschnittliche steuerliche Belastung in Tirol

Art der Einkünfte	Letzte Erhebung	Durchschnittliche Höhe des zu versteuernden Einkommens in Euro pro Fall und Jahr	Steuer in %
Pension	2005	16.150	11,8 %
Arbeitnehmereinkommen	2005	18.949	16,1 %
Kapitaleinkünfte			25 %
Einkünfte aus selbständiger Erwerbstätigkeit	2004	26.347	31,9 %
Gewinn aus unternehmerischer Tätigkeit	2002	195.187	34,2 % ⁹⁷

Bei Einkünften aus inländischen Kapitalvermögen sind 25 % von natürlichen wie auch juristischen Personen als Kapitalertragsteuer abzuführen. Auch die Kapitalertragssteuer ist im Einkommensteuergesetz geregelt. Bei natürlichen Personen wird die Kapitalertragsteuer auf Einkünfte wie Bankzinsen, Dividenden, Bezüge aus Wertpapieren durch die kontoführende Bank einbehalten und an die Finanzbehörde abgeführt (Prinzip des „Quellensteuerabzuges“). Juristische Personen wie Unternehmen haben beispielsweise für Gewinnausschüttungen, Privatstiftungen für Zuwendungen an begünstigte Personen Kapitalertragsteuer zu bezahlen.

Natürliche Personen werden in Österreich 2007 an Lohnsteuer voraussichtlich 19,0 Mrd. Euro, an Einkommensteuer mit 2,7 Mrd. Euro und an Kapitalertragsteuer für Zinsen mit 1,5 Mrd. Euro bezahlen. Das sind zusammen 23,2 Mrd. Euro. Juristische Personen werden 2007 voraussichtlich 5,5 Mrd. Euro an Körperschaftssteuer und weitere 900 Mio. Euro an Kapitalertragssteuer bezahlen, das sind zusammen 6,4 Mrd. Euro.

Das System der Einkommensbesteuerung ist in Österreich grundsätzlich progressiv gestaltet: je höher das Einkommen, umso höher der Prozentsatz, der als Einkommen- oder Lohnsteuer abgeführt werden muss (bis zu 50 %). Diese Tarifstaffelung ist für die Einkommen- und Lohnsteuer gleich. Das progressive Prinzip gilt allerdings nicht bei der Kapitalertragsteuer, wo ein einheitlicher Steuersatz von 25 % gilt. Und es gilt nicht bei der Körperschaftssteuer, wo ebenfalls seit 2005 einheitlich 25 % vom Gewinn zu zahlen ist. Das Steuerrecht in Österreich besteuert also Einkommen in sehr unterschiedlicher Weise. Eine in Österreich zeitweise diskutierte einheitliche Einkommensbesteuerung („flat tax“ in Höhe von 25 %) würde tendenziell zu einer Erhöhung der Besteuerung der Einkünfte von ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen, aber zu einer Senkung der Steuern für Selbständige und Unternehmen führen.

⁹⁷ Seit 2005 nur mehr 25 %

2. Besteuerung der Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch)

Die Einkommensverwendung wird durch die Umsatzsteuer, Verkehrs- und Verbrauchsteuern besteuert.

Die Umsatzsteuer wurde in der heutigen Form 1973 als „Mehrwertsteuer“ eingeführt. Sie ist mit einem veranschlagten Ertrag von 20,9 Mrd. Euro 2007 die ertragreichste Steuer in Österreich. Die Steuersätze sind für bestimmte Waren- und Leistungsgruppen festgelegt. Zwischen 1978 und 1994 bestand in Österreich eine Sonderform der Umsatzsteuer, die „Luxussteuer“, eine Umsatzsteuer auf wertvolle Gegenstände wie Autos, Schmuck, Teppiche, Pelzmäntel, Antiquitäten usw. in Höhe von zunächst 30 %, ab 1984 32 %. Mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 wurde sie abgeschafft.

Verbrauchssteuern zählen zu den ältesten Formen der Besteuerung. Zu ihnen zählen die Tabak-, Bier-, Mineralöl- und Alkoholsteuer. Die Steuersätze sind für bestimmte Verbrauchsmengen festgelegt. Ihr Gesamtertrag wurde für 2007 mit 5,36 Mrd. Euro veranschlagt, wobei die Mineralölsteuer (mit 3,65 Mrd. Euro) und die Tabaksteuer (mit 1,4 Mrd. Euro) für den Großteil der Einnahmen sorgen sollen.

Verkehrssteuern besteuern den Verbrauch (wie die Energieabgabe), spezielle Umsätze (wie Versicherungsverträge, Wetteinsätze, Werbemaßnahmen), vor allem aber den Erwerb und Betrieb von Kraftfahrzeugen. Die wichtigsten Verkehrssteuern sind die motorbezogene Versicherungssteuer, die Versicherungssteuer, die Energieabgabe, die Normverbrauchsabgabe, die Spielbankabgabe und die Konzessionsabgabe. Der Gesamtertrag dieser Verkehrssteuern wurde für 2007 mit 5,08 Mrd. Euro veranschlagt.

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern machen mit zusammen 31,3 Mrd. Euro im Jahr 2007 fast 50 % der veranschlagten Steuereinnahmen des Bundes aus. Sie nehmen auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen kaum Rücksicht. Progressive Elemente sind nur in ganz wenigen Steuern vorhanden (vor allem bei den Kfz-Steuern, allerdings aus ökologischen Gründen). Es gibt auch nur wenige Ausnahmen von dieser Steuerpflicht. Indirekte Steuern belasten daher kleine Einkommen relativ stärker als höhere Einkommen. Es wird lediglich eine „aufwendigere Lebensweise“ stärker besteuert als ein sparsamere, zu der Einkommensschwächere aber ohnehin gezwungen sind.

Ausgehend davon, dass die Verbrauchsausgaben in **Tirol** zuletzt (2004/05)⁹⁸ um 4,7 % über dem österreichischen Durchschnitt lagen, kann angenommen werden, dass die Tiroler Bevölkerung heuer **etwa 2,8 Mrd. Euro an Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern** bezahlen wird. Das sind durchschnittlich etwas mehr als 4.000 Euro pro Kopf und Jahr bzw.

⁹⁸ Statistik Austria: Konsumerhebung 2004/05, Wien 2006

etwas mehr als 10.000 Euro pro Haushalt und Jahr bzw. pro Kopf 335 Euro und pro Haushalt 840 Euro monatlich.

3. Besteuerung von Vermögen

Die Besteuerung von Vermögen war historisch meist die Hauptsteuer, eine direkte Steuer auf Eigentum an Sachgütern und wirtschaftlich verwertbaren Rechten, die entweder direkt die Vermögenssubstanz oder nur den Vermögensertrag (Zinsen, Mieten, Dividenden) oder auch den Vermögensverkehr besteuert hat. Dem ist heute nicht mehr so. Sie machen 2007 nur mehr 5 % der gesamten Steuereinnahmen des Finanzministers aus.

Besteuerung von Geldvermögen

„Österreich ist ein Steuerparadies für Reiche“ und „ein guter Platz für Reiche, die ungern Steuer zahlen“ titelten Österreichs Tageszeitungen, als im Frühjahr 2003 ein Studie der *Hypo Investmentbank Liechtenstein* veröffentlicht wurde, welche Österreich als „*steueroptimalen Wohnsitz*“ für Reiche empfahl.⁹⁹

Seit der Abschaffung der Vermögenssteuer 1994 ist die Kapitalertragsteuer die wichtigste Steuer in Österreich, die am Geldvermögen ansetzt, allerdings nur am Kapitalertrag, also den Einkünften aus dem Kapital, nicht am Kapital selbst. Sie beträgt 25 % der Kapitaleinkünfte. Angesichts des Umstandes, dass die Oesterreichische Nationalbank zu Jahresende 2005 Geldvermögen in Österreich von insgesamt 1.674Mrd. Euro auswies, machte sich der Erlös der Kapitalertragssteuer im Jahr 2005 mit 2,07 Mrd. Euro bescheiden aus. Dies waren gerade einmal 0,12 % gemessen an den gesamten Geldvermögen.

Der Erbschafts- und Schenkungssteuer unterliegen sowohl Geld- wie auch andere Sachvermögen. Erwerber eines Geld- oder Sachvermögens durch Schenkung (im Schenkungsfall: auch der Geschenkgeber) unterliegen der Schenkungssteuerpflicht. Erwerb eines Sachvermögens von Todes wegen unterliegt der Erbschaftssteuer (bei Geldvermögen gilt die Kapitalertragsteuer als Endbesteuerung). Der Steuersatz ist sehr progressiv und beträgt 2 bis 60 %, je nach Verwandtschaftsverhältnis und Größe des Vermögens. Der für 2007 veranschlagte Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer wurde mit 135 Mio. Euro angesetzt.

Die Erbschaftssteuer wird 2008 auslaufen, nachdem der Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig hielt, dass die Einheitswerte als Berechnungsgrundlage dienen, bei anderen Abgaben – wie der Grunderwerbssteuer - aber der wahre Grundstückswert herangezogen wird. Deswegen wird auch die Schenkungssteuer auf ihre Verfassungskonformität geprüft. In logischer Konsequenz müsste auch die Grundsteuer geprüft werden.

⁹⁹ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, April 2002

Besteuerung von Grund und Boden

Der Besitz und der Erwerb von Grund und Boden werden in Österreich besteuert, und auch – zumindest teilweise - die Nichtnutzung. Allerdings ebenfalls in sehr geringem Maße.

Inländischer Grundbesitz wird in Österreich mit der Grundsteuer besteuert, die im Grundsteuergesetz geregelt ist. Für Grundstücke gilt dabei im Wesentlichen eine Steuermesszahl von 0,2 % des Einheitswertes, für geringe Einheitswerte etwas weniger, für höhere etwas mehr, bei Einfamilienhäusern mehr, im Mehrgeschosswohnbau weniger. Der Steuermessbetrag wird noch durch einen Hebesatz erhöht, den die Gemeinden bis zu einer gesetzlichen Höchstgrenze festsetzen können, wodurch sich dann der tatsächliche Jahresbetrag ergibt. Durch das Zusammenwirken von Steuermesszahlen und Hebesätzen ergibt somit im Allgemeinen eine Grundsteuer in der Höhe von rund 0,8 % des Einheitswertes pro Jahr, wodurch sie „*nicht ins Gewicht fällt*“, wie die Studie der Liechtensteinischen Bank richtigerweise feststellt.¹⁰⁰

Ausgenommen von der Grundsteuerpflicht sind im wesentlichen öffentlich und gemeinnützig genutzter Grundbesitz sowie aufgrund landesgesetzlicher Befreiungen vielfach auch der Eigenheimbau. Die letzte Einheitswertfeststellung in Österreich erfolgte zum 1.1.1973. Seither erfolgten drei Einheitswerterhöhungen und seit 1983 nur mehr gesetzliche Anhebungen der Hebesätze.

Der Gemeindefinanzbericht 2005 gab die Erträge aus der Grundsteuer für 2004 mit 430,7 Mio. Euro an.¹⁰¹ Rückgerechnet ergeben sich daraus Einheitswerte für Grund und Boden in Österreich von 53,8 Mrd. Euro. Der tatsächliche Wert liegt aber bei etwa 640 Mrd. Euro, ist also um das Zwölfwache höher.¹⁰² Es kann angenommen werden, dass auf **Tirol** etwa **65 Mio. Euro** jährliche Grundsteuereinnahmen entfallen.

Die Bodenwertabgabe soll als Zusatzbesteuerung zur Grundsteuer die Spekulation durch Nichtnutzung eindämmen. Bemessungsgrundlage ist ebenfalls der Einheitswert. Die Steuerhöhe beträgt 1 % des den Betrag von 14.600 Euro übersteigenden Einheitswertes. Der Finanzminister veranschlagte die Erträge aus der Bodenwertabgabe im Jahr 2007 allerdings mit nur 5 Mio. Euro.

Die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben haben diese für ihre betrieblich genutzten Flächen zu bezahlen. Sie bemisst sich, da dieses Vermögen vor allem in Form von Grundbesitz besteht, ebenfalls am Messbetrag für die Grundsteuer sowie an ähnlich den Hebesätzen gestalteten, aber bundesgesetzlich einheitlich geregelten Erhöhungsbeträgen

¹⁰⁰ Hypo Investment Bank, S.14

¹⁰¹ Kommunalkredit, Statistik Austria: Gemeindefinanzbericht 2005, Wien 2005

¹⁰² Vgl. ÖGPP: „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“, Wien 2004

(derzeit das Vierfache des Steuermessbetrages), die allerdings seit 1985 unverändert sind. Ihr Ertrag für 2007 wurde vom Finanzminister mit 20 Mio. Euro veranschlagt.

Mit der Grunderwerbsteuer wird in Österreich der Kauf bzw. die Einbringung von Grund und Boden in eine Gesellschaft und dergleichen besteuert. Sie ist eine Verkehrssteuer, besteuert aber eigentlich den Aufbau von Vermögen. Sie wird als einzige Steuer auf Grund und Boden nicht nach dem Einheitswert bemessen, sondern nach „dem Wert der Gegenleistung“, also in der Regel dem Kaufpreis und beträgt im allgemeinen 3,5 %, bei Erwerben zwischen nahen Angehörigen nur 2 %, zuzüglich 1 % Grundbuchseintragungsgebühr. Der für 2007 veranschlagte Ertrag wird vom Finanzminister mit 630 Mio. Euro geschätzt.

Der Ertrag aus der Besteuerung von Grund und Boden beträgt somit in Österreich jährlich knapp 1,1 Mrd. Euro. Gemessen am Grundvermögen in Österreich – 640 Mrd. Euro – beträgt die Grundbesteuerung damit nur etwa 0,2 % p.a.

Angesichts der Tatsache, dass in **Tirol** Bauland immer knapper und teurer wird, auch weil gewidmetes Bauland gehortet wird, wurden zuletzt wiederum eine Erhöhung der Grundsteuer bis hin zu Zwangsenteignungen von gewidmeten Bauland diskutiert.¹⁰³

Steuerparadies Privatstiftungen

Ein wahres Steuerparadies sind die Privatstiftungen. Per 1.9.1993 wurden durch einen einstimmigen Beschluss des Nationalrates „Privatstiftungen“ ermöglicht. Bis dahin mussten Stiftungen in Österreich gemeinnützig und mildtätig sein, seither nicht mehr. Mittlerweile wurden – je nach Schätzung – bis zu 2.900 Privatstiftungen gegründet. In diesen sind Vermögen (vor allem Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere und Immobilien) im Wert von – je nach Schätzung (offizielle Zahlen gibt es mit dem Hinweis auf Wahrung der Diskretion nicht) - bis zu 60 Mrd. Euro steuerschonend veranlagt. Auf eine Privatstiftung entfallen damit durchschnittlich Vermögen von etwa 20 Mio. Euro.

„Bei Vermögen von 5 bis 10 Millionen Euro empfiehlt sich im Laufe der Zeit die Errichtung einer österreichischen Privatstiftung“, rät die Studie des Liechtensteinischen Bankhauses, welche deren Vorteile für Reiche in besonderem Maße lobt und beschreibt. Denn *„Der Steuervorteil der Privatstiftung vergrößert sich, wenn der Umfang des Stiftungsvermögens zunimmt“.*¹⁰⁴ Während Einkommen aus Arbeit also progressiv besteuert wird, werden Einkommen aus Privatstiftungen in Österreich sogar degressiv besteuert: je mehr Vermögen, desto weniger Steuern sind zu zahlen.

¹⁰³ Agrarlandesrat Anton Steixner (im April 2007) und Tiroler Landtag am 10.5.2007

¹⁰⁴ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, April 2002, S.16

Die Beliebtheit der Privatstiftungen erklärt sich aus ihren „*erheblichen steuerlichen Erleichterungen*“.¹⁰⁵ Völlig steuerfrei sind Dividenden aus in- und ausländischen Aktien, die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden. Völlig steuerfrei sind auch alle Einkünfte aus Kursgewinnen von Anleihen sowie Einkünfte aus Kursgewinnen direkt gehaltener Aktien. Auch „*Die Erbschaftssteuervorteile der österreichischen Privatstiftung sind beträchtlich*“, meint die Bank-Studie: sie beträgt nur ein Drittel des sonst üblichen Maßes.¹⁰⁶ Nach dem Tod des Stifters fällt auf die Gesamtdauer einer Stiftung – das können bis zu 200 Jahre sein – keinerlei weitere Erbschaftsteuer mehr an. Hat schon die Steuerreform 2005 die Steuerprivilegien der Privatstiftungen in Österreich vergrößert, so wird dies auch durch den möglichen Wegfall der Schenkungssteuer geschehen. Denn damit könnten Vermögen künftig völlig steuerfrei in Stiftungen eingebracht werden. Die Privatstiftungen haben daher den Reichtum in Österreich vergrößert.

Für die Gründung einer Privatstiftung sind meist sehr persönliche Motive ausschlaggebend: Sehr oft wird als „Stiftungszweck“ schlicht die Versorgung des Stifters oder seiner Nachkommen angegeben. Ein anderes beliebtes Motiv ist, Erbstreitereien unter Nachkommen zu verhindern und das Vermögen vor dem Zugriff von Gläubigern und der Finanz zu schützen. Zu den großen Stiftern gehören in Österreich der alte Adel, große Unternehmerfamilien, Medienzare und Politikerfamilien, weshalb es auch keine öffentliche Diskussion über die Abschaffung dieser Steuerprivilegien gibt.

4. Steuerrückstände und Steuerhinterziehung

Ende 2004 betragen die Steuerrückstände der Selbständigen und Unternehmen (bei der Umsatz-, Einkommen-, Lohn- und Körperschaftssteuer) nach Angaben des Finanzministeriums etwa 2,494 Mrd. Euro.¹⁰⁷ Vorgeschriebene Steuern mit Verzögerung zu bezahlen hat seine Ursache häufig in Liquiditätsproblemen. Sie aber überhaupt nicht zahlen zu wollen, ist eine Möglichkeit, individuelles Einkommen und Vermögen auf riskante und illegale Weise zu erhöhen. Dass Steuerhinterziehung in Österreich ein Problem ist, bewies die Debatte um eine „Steueramnestie“ im Zuge der Steuerreform 2005. Im Jahr 2001 wurden durch Umsatzsteuer-Sonderprüfungen 1,34 Mrd. Euro an hinterzogenen Steuern entdeckt, wobei das Finanzministerium die hinterzogene Summe damals auf 3 bis 5 Mrd. Euro schätzte.¹⁰⁸ Die alljährliche Schätzung der Schwarzarbeit in Österreich durch den Linzer Universitätsprofessor

¹⁰⁵ wie oben, S.11

¹⁰⁶ wie oben, S.16

¹⁰⁷ APA0265, 25.8.2005

¹⁰⁸ APA0386, 20.3.2002

Friedrich Schneider ergab für heuer einen Betrag von 21,1 Mrd. Euro, wodurch dem Staat etwa 5 Mrd. Euro an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen entgehen würden.¹⁰⁹

5. Zusammenfassung

Es ist festzustellen: Erwerbseinkommen haben im Wege von Steuern und Sozialabgaben ungleich höhere Beiträge zum Allgemeinwohl zu leisten als Vermögen. Die Höhe der Einkommen und ihrer Besteuerung entscheidet allerdings wesentlich über die Möglichkeit zur Vermögensbildung. Ist Vermögen einmal vorhanden oder gebildet, entzieht es sich in Österreich fast vollständig steuerlicher Beiträge zum Allgemeinwohl. Die Steuerlasten liegen einseitig auf den Erwerbseinkommen und ihrer Verwendung. 93 % der Steuern des Bundes kommen in Österreich von den Einkommen und ihrer Verwendung, nur 5 % von den Vermögen.

Gegenüber 1994 (2,6 Mrd. Euro) ist der Ertrag aus den Vermögenssteuern in Österreich für den Finanzminister im Jahr 2007 lediglich um 0,7 Mrd. (auf 3,3 Mrd.) Euro bzw. 27 % gestiegen. Der Anteil der Vermögenssteuern an den Steuereinnahmen des Bundes ist von 7 auf 5 % zurückgegangen.

Die Lohnsteuer ist im gleichen Zeitraum dagegen um 9,2 Mrd. Euro oder 94 % auf 19 Mrd. Euro gestiegen, die „Unternehmenssteuern“ Einkommen- und Körperschaftssteuer sind um knapp 4,4 Mrd. Euro oder 114 % auf 8,2 Mrd. Euro gestiegen. Insgesamt tragen Steuern auf Arbeit (Lohn-, Einkommen-, Körperschaftsteuer) 2007 mit zusammen 27,2 Mrd. Euro bereits 43 % zu den Steuereinnahmen des Finanzministers (63,2 Mrd. Euro) bei (1994 waren es noch knapp 35 %).

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern sind sogar seit 1994 um 12,5 Mrd. (auf 31,3 Mrd.) Euro bzw. 56 % gestiegen. Sie tragen heuer knapp 50 % bei (1994 waren es noch 55 %).

In der Steuerstruktur Österreichs hat sich somit eine deutliche Verschiebung ergeben: Steuern auf Erwerbseinkommen tragen einen deutlich wachsenden Anteil aller Steuern bei. Der Anteil der indirekten Steuern (Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern) ist nach wie vor sehr hoch, aber rückläufig. Bereits sehr gering aber trotzdem rückläufig ist der Anteil der Vermögenssteuern.

¹⁰⁹ APA0428, 15.12.2003

Reichtum nimmt auch in Tirol zu

Was ist „Reichtum“? Während heute in Europa relativ einheitliche Definitionen existieren, wann Armutsgefährdung beginnt und was Armut ist, gibt es solche Definitionen für Reichtum noch kaum.

Beim Versuch einer Definition von „Reichtum“ haben auch die umfangreichen Arbeiten zum 2. deutschen Armuts- und Reichtumsbericht (2004/2005) zu keinem Ergebnis geführt. *„Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen konkret sein soll; noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht. Auch bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite insbesondere hinsichtlich nicht-monetärer Reichtumsdimensionen. Dies gilt etwa für die Analyse „vererbter Chancen“ und gesellschaftlicher Hierarchien in der intergenerationalen Perspektive sowie der gesellschaftlichen Bedeutung der Funktion von „Eliten“. Ein Konsens über eine eindeutige konkrete begriffliche Bestimmung „privilegierter Lebenslagen“ in der Wissenschaft existiert nicht. (...) Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Vererbung von Ressourcen, speziell von Vermögen, aber auch die unterschiedliche Ausstattung mit sozialem oder kulturellem Kapital, das Vorhandensein persönlicher Netzwerke und der Zugang zu karriererelevanten Informationen sowie Aspekte des Habitus, z. B. Umgangsformen, Souveränität des Auftretens, hohe Allgemeinbildung usw..¹¹⁰* Im Zusammenhang mit Reichtum und Vermögen werden daher im deutschen Bericht die Fragen hohe Einkommen, Vermögensverteilung, Betriebs-, Gebrauchs-, Human- und Sozialvermögen, Erbschaften und privilegierte Lebenslagen zumindest ansatzweise behandelt.

Hohe Einkommen

„Bisher ist weder ein allgemein akzeptierter Begriff des Einkommensreichtums noch eine allgemeingültige Einkommenshöhe als Abgrenzung entwickelt worden“, heißt es im deutschen Bericht auch.¹¹¹ Als Menschen *„mit hohem Einkommen“* zählen in Deutschland, wer über mehr als das Doppelte (200 %) des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (konkret mehr als 32.436 Euro) verfügt (1998 waren das 23 % der dt. Bevölkerung). Als willkürliche Grenze eingestuft wurde etwa das Erreichen eines Einkommens von einer Million, dessen Problematik sich bei Umstellung von DM auf Euro zeigte. Ebenso willkürlich sei aber auch, das oberste Einkommensprozent als reich zu bezeichnen, wie es etwa der letzte österreichische Sozialbericht tat.

¹¹⁰ Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, März 2005, S.61

¹¹¹ Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, März 2005, S.49

Wir unternehmen in Anlehnung an den deutschen Bericht den Versuch, Einkommensgrenzen festzusetzen, was im Übrigen ja eine methodische Analogie zur Setzung von Einkommensgrenzen ist, ab denen Armutsgefährdung angenommen wird. Dieser Bericht übernimmt einerseits die deutsche Grenze der 200 % des Medianeinkommens, ab der „hohe Einkommen“ beginnen (2004 wären das in Österreich 33.940 Euro verfügbares Einkommen gewesen). Und er definiert weiters als Einkommensgrenze, ab der „Reichtumswahrscheinlichkeit“ besteht, mit 400 % des Medianeinkommens an, das waren 2004 67.880 Euro. Es ist etwa jene Grenze, die zu Zeiten der Schilling-Währung 1 Million Schilling entsprach. Wer so viel verdiente oder hatte, galt im allgemeinen Sprachgebrauch als reich, als „Millionär“.

Laut Lohnsteuerstatistik 2005 waren in **Tirol** im Jahr 2005 **knapp 30.000 (7 %) aller lohnsteuerpflichtigen Einkommen (Arbeitnehmerentgelte und Pensionen) als hoch einzustufen**.¹¹² In Österreich sind es 9 %. Diese rd. 30.000 Personen bekamen rund **26 %** der gesamten lohnsteuerpflichtigen Einkommens- und Pensionssumme. **Etwa 2.300 Tiroler** ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen konnten sogar als **einkommensreich** bezeichnet werden. Das waren 0,5 % der Lohnsteuerpflichtigen (Ö: 0,8 %). Sie bekamen zusammen 3,5 % aller Einkommen und Pensionen. Über 90 % waren ArbeitnehmerInnen, unter ihnen 90 % Männer. **2001** waren in Tirol noch **weniger als 20.000 (5 %)** aller lohnsteuerpflichtigen Einkommen als hoch zu bezeichnen, die zusammen lediglich 21 % aller Arbeitnehmerentgelte und Pensionen bekamen. Etwa 1.800 konnten damals als „einkommensreich“ bezeichnet werden.¹¹³ Das heißt, die **Zahl der Menschen mit hohem Einkommen hat in Tirol innerhalb der letzten Jahre ganz deutlich – um etwa 10.000 Personen – zugenommen. Ihr gesamtes Einkommen hat sogar um 75 % oder etwa 1 Mrd. Euro zugenommen**, während das durchschnittliche Arbeitnehmereinkommen in dieser Zeit lediglich um 9 % brutto, die Pensionen gar nur um 6 % brutto zugenommen haben.

Die Einkommensteuerstatistik 2004 weist in **Tirol** 2004 fast **12.000 Personen** aus, die ein **hohes lohn- und einkommensteuerpflichtiges Jahreseinkommen** hatten.¹¹⁴ Das waren etwa 14 % der selbständig (und teilweise zusätzlich unselbständig) Erwerbstätigen. Sie vereinigten 55 % aller einkommensteuerpflichtigen Einkommen auf sich! Etwa 3.000 (5 %) von ihnen konnten als reich bezeichnet werden. Diese hatten zusammen ein zu versteuerndes Einkommen von zusammen mehr als 700 Mio. Euro. Das waren 32 % der zu versteuernden Einkommen. Die Zahl der Menschen mit hohem lohn- und einkommensteuerpflichtigen Einkommen hat sich in Tirol gegenüber der Einkommensteuerstatistik 2001 um etwa 1.000 Personen (oder 9 %) erhöht.¹¹⁵

¹¹² Lohnsteuerstatistik 2005, S. 162 und 173

¹¹³ Lohnsteuerstatistik 2001, S. 150 f. und 170 f.

¹¹⁴ Einkommensteuerstatistik 2004, S. 116

¹¹⁵ Einkommensteuerstatistik 2001, S. 108

Berufsgruppen, die nicht nur hohe Einkommen erreichen, sondern unter denen Einkommensreiche häufig anzutreffen sind, sind Angestellte in führender Tätigkeit (Geschäftsleiter, Geschäftsbereichsleiter), öffentlich Bedienstete mit hochqualifizierter oder führender Tätigkeit, vor allem auch Ärzte (vor allem die Fachärzte), Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler sowie Angehörige von gesetzgebenden Körperschaften. Männer sind in diesen Einkommensgruppen weit stärker vertreten als Frauen.

Große Geldvermögen

Eine weitere interessante Quelle, die konkrete Hinweise über Reichtum gibt, ist der jährlich erscheinende „World Wealth Report“ von *Cap Gemini Ernst & Young und Merrill Lynch*. Er konzentriert sich allerdings nicht auf die laufenden Einkommen, sondern auf die vorhandenen Geldvermögen. Und er weist für Österreich im Jahr 2005 rund 67.700 Dollar-MillionärInnen aus, also Menschen, die Geldvermögen von jeweils mehr als 1 Mio. Dollar (ca. 740.000 Euro) besaßen. Das waren etwa 0,8 % der Bevölkerung Österreichs.¹¹⁶

Umgelegt auf **Tirol** (8,5 % der öst. Bevölkerung) würde das **etwa 5.700 „Dollar-Millionäre“**, solche sogenannte „High Net Worth Individuals“ bedeuten. Der Report geht davon aus, dass ihre Zahl von 2005 bis 2010 in Europa um knapp 20 % zunehmen wird. Mehr als in anderen Kontinenten entsteht in Europa dieser Reichtum (zu 50 %) durch den Besitz oder Verkauf von Unternehmen, zu 19 % durch ein Erbe, zu 13 % durch Einkommen, zu 10 % durch erfolgreiche Investitionen. In Österreich dürften 70 % des Reichtums in Unternehmensbeteiligungen angelegt sein, 20 % in Immobilien und knapp 10 % in Finanzanlagen.¹¹⁷

Wenn sich die Situation in Tirol nicht wesentlich von der österreichischen und europäischen unterscheidet, so hatten diese rd. 5.700 TirolerInnen 2005 **Geldvermögen von durchschnittlich 2,8 Mio. Euro bzw. zusammen etwa 16 Mrd. Euro**. Das war mehr als doppelt so viel als sämtliche Tiroler ArbeitnehmerInnen 2005 brutto verdienten. Wenn die Prognosen des Reports eintreffen, wird sich die Zahl dieser reichen TirolerInnen bis 2010 auf etwa 6.900 erhöhen und ihr Geldvermögen wird auf knapp 19 Mrd. Euro ansteigen.

Das österreichische Wirtschaftsmagazin TREND¹¹⁸ gibt diesen Reichen seit einigen Jahren konkrete Namen. Unter den 100 reichsten ÖsterreicherInnen befanden und befinden sich auch TirolerInnen: allen voran die Familie Swarovski, aber auch die Holz- und Bierunternehmer Egger, die Metallindustriellenfamilie Schwarzkopf sowie Bauunternehmer Eduard Fröschl.

¹¹⁶ www.at.capgemini.com

¹¹⁷ TREND, 1.7.2006, S.74

¹¹⁸ TREND, 1.7.2004 und 1.7.2006

Die reichsten TirolerInnen (geschätztes Vermögen in Mio. Euro) ¹¹⁹

	Name	2003	2006	Stiftung	Bundesland
7	Familie Swarovski	1.100	2.100	Gernot Langes-Swarovski Privatstiftung	T
	Reisch, Hans ¹²⁰	600			S, T
38	Egger, Michael und Fritz	300	350	EMF Privatstiftung	T
42	Fam. Schwarzkopf	200	300	Schwarzkopf-Privatstiftung	T
86	Fröschl, Eduard	100	ü100		T
		2.300	ü2.850		

Betriebsvermögen der Wirtschaft

Wirtschaftsbranchen, die mit Sachvermögen (vor allem Grundstücken, Gebäuden und Maschinen) als Erwerbsvermögen tätig sind, sind vor allem die Sachgütererzeugung, der Handel, das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, das Realitätenwesen, aber auch zahlreiche Dienstleistungsbranchen.

Zur Sachvermögensbildung investierte die Tiroler Wirtschaft 2004 brutto 4,7 Mrd. Euro.¹²¹ Solche Investitionen umfassen Nutztiere und Nutzpflanzungen, Bauten, Ausrüstungen (wie Fahrzeuge, Maschinen und Einrichtungen) sowie immaterielle Anlagegüter (wie Computerprogramme oder Urheberrechte).

Immobilien, die betrieblichen Zwecken dienen, sind vor allem Hotels und Beherbergungsbetriebe, Bürogebäude, Groß- und Einzelhandelsgebäude, gewerbliche Garagen, Industrie- und Lagergebäude, Bergbau- und Förderanlagen, Wohnhäuser sowie landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Die Gebäude- und Wohnungszählung 2001 ergab für Tirol 28.009 Gebäude, die überwiegend wirtschaftlichen Zwecken (Werkstätten, Industrie- und Lagerhallen, Hotels und Gasthäuser, Bürogebäude usw.) dienen. Zum Betriebsvermögen sind auch Grundflächen zu zählen, die der Bodenbewirtschaftung (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden usw.) oder als Lager- und Verkehrsflächen dienen. Unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer in ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer“ ergibt sich ein **Gebäudewert von mehr als 3,5 Mrd. Euro.**¹²²

Der Häuser- und Wohnungszählung 2001 weist für Tirol außerdem 13.115 Wohnungen aus, die im Eigentum von Unternehmen standen und primär der Erzielung von Erwerbs- und

¹¹⁹ Privatstiftungen: Quellen: Kreditschutzverband, Kreditforum Österreich, Hoppenstedt,

¹²⁰ Im Juli 2004 verstorben

¹²¹ vgl. Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

¹²² nach dieser Bewertungsmethode ist auch die Arbeiterkammer bei ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich“ 1997 vorgegangen

Vermögenseinkommen dienen. Wiederum unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer gab sich ein **Gebäudewert von etwa 350 Mio. Euro**.¹²³

Die Einheitswertstatistik 1989 war die letzte ihrer Art, weil sie vor allem der Vermögensbesteuerung diente und diese 1994 abgeschafft wurde, sodass aktuellere Bewertungen des Sachvermögens der Gewerbe- und Industriebetriebe Österreichs – insbesondere der beweglichen Wirtschaftsgüter wie Maschinen und Geräte - nur annäherungsweise möglich sind.

Kraftfahrzeuge stellen ein beträchtliches und wichtiges Erwerbsmögen dar. In Tirol waren Ende 2006 80.217 Kraftfahrzeuge registriert, die Erwerbszwecken dienen (als Lkw, Kombi, Zugmaschinen, Anhänger, Arbeitsmaschinen, Pkw zur Güterbeförderung).¹²⁴ Die Land- und Forstwirtschaft war Fahrzeughalter von weiteren 19.237 Fahrzeugen. Legt man wiederum die Bewertungsregeln der AK zugrunde, so haben die landwirtschaftlichen Kfz einen Wert von zusammen etwa 160 Mio. Euro, die Kfz der Wirtschaft von zusammen 670 Mio. Euro, zusammen also einen **Wert von etwa 830 Mio. Euro**.¹²⁵

Die Bruttowertschöpfung der Tiroler Wirtschaft betrug 2003 rd. 17,7 Mrd. Euro.¹²⁶ Die ertragreichsten Wirtschaftsbereiche waren die Sachgütererzeugung (3,17 Mrd. Euro), das Realitätenwesen, die Vermietung und unternehmensbezogene Dienstleistungen (2,66 Mrd. Euro) sowie das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe (2,12 Mrd. Euro).

Land- und Forstwirtschaftliches Vermögen

Ausgehend von einer Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens in Österreich durch die Arbeiterkammer 1997 und unter Heranziehung einer Studie des Marktforschungsinstituts *Kreutzer, Fischer und Partner*¹²⁷ zur Neubewertung von landwirtschaftlichen Flächen, Gebäuden und Betriebsmitteln, ergibt sich für die 1.222,6 km² land- und forstwirtschaftlichen Gesamtfläche Tirols ein Wert von etwa **2,7 Mrd. Euro**.

Unter Zugrundelegung einer Untersuchung zu den Buchführungsergebnissen der heimischen Landwirtschaft aus 1993 und einer Wertsteigerung um 4,4 % p.a. für land- und forstwirtschaftlichen Flächen ergibt sich aktuell ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Tirol von knapp **1,7 Mrd. Euro**.

Die Betriebsmittel umfassen schließlich die Pflanzen- und Viehbestände, Maschinen, Geräte, Vorräte, Geld und landwirtschaftlichen Nebenerwerb durch Gästebeherbergung. Unter

¹²³ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der Arbeiterkammer 1997

¹²⁴ Statistik Austria, Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2006, S.300

¹²⁵ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der AK-Studie 1997

¹²⁶ Stat. Jahrbuch 2007, Kap. 37.09

¹²⁷ APA0452, 24.2.2004

Zugrundelegung der allgemeinen Preissteigerung ergibt sich ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsmittel in Tirol von derzeit etwa **765 Mio. Euro**.

Einschließlich der Kraftfahrzeuge ist das land- und forstwirtschaftliche Sachvermögen in Tirol ist aktuell mit **mehr als 5,3 Mrd. Euro** zu bewerten. Es ist zum überwiegenden Teil Erwerbsvermögen, zum geringeren Teil (wie die Wohnungen) Gebrauchsvermögen, zu einem bestimmten Teil aber auch Spekulationsvermögen (in Form von Bauland).

Die Wertschöpfung der Tiroler Land- und Forstwirtschaft betrug zuletzt (2003) 235 Mio. Euro, was 1,3 % des BRP betrug.

Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen

Gebrauchsvermögen sind langlebige Güter, die dem Eigenbedarf dienen. Verbrauchsvermögen sind Güter, die noch unmittelbarer der Befriedigung eigener Bedürfnisse dienen wie Hausrat, Möbel oder Bekleidung. Wir konzentrieren uns auf das Gebrauchsvermögen an Wohnungen und Kraftfahrzeuge.

Die Arbeiterkammer konnte bei ihren Schätzungen 1997 auf die Grundwerbstatistik 1993 stützen. Die letzte Grunderwerbsstatistik erschien 1995, sodass heute für eine Bewertung einerseits die Immobilienpreisspiegel als Messgröße und Orientierung herangezogen werden müssen, bei denen die Verkaufspreise allerdings – je nach Region und Lage – enorm schwanken, andererseits die durchschnittlichen kapitalisierten Mieten und Ertragswerte.

Aus Zahl, Größen und Preisen für gebrauchte Eigentumswohnungen mit mittlerem bis gutem Wohnwert in Tirol errechnen wir unter Berücksichtigung der Zahl der selbstgenutzten Eigentumswohnungen (2001 28.483) bei einer durchschnittlichen Größe von 87 m² im Jahr 2005 einen durchschnittlichen Wert von 1.280 Euro/m². Für selbstgenutzte Einfamilienhäuser (2001: 92.395) mit mittlerem bis gutem Wohnwert ergab sich bei einer durchschnittlichen Größe von 117 m² für 2005 ein Durchschnittspreis von 1.670 Euro/m². Daraus ergab sich **2005 ein Gesamtwert der selbstbenützten Eigentumswohnungen in Tirol von 3,2 Mrd. Euro und der selbstbenützten Einfamilienhäuser von 18,0 Mrd. Euro, zusammen demnach mehr als 21 Mrd. Euro.**

Ein erhebliches Gesamtvermögen stellen auch die 493.957 Kraftfahrzeuge dar, die Ende 2006 registriert waren. Von diesen waren 80.217 dem Erwerbsvermögen zuzurechnen sowie 3.561 Behörden, öffentlichen Unternehmen und Verbänden.¹²⁸ 390.942 Kraftfahrzeuge standen im Eigentum von unselbständig Erwerbstätigen. Legt man einen Neuwert eines Pkw/Kombi mit durchschnittlich 20.000 Euro und eine Nutzungsdauer von 10 Jahren sowie einen Wertverlust gemäß AfA zugrunde, so ergibt sich der Wert der PKW/Kombi in Tirol 2006 von knapp **1,2 Mrd. Euro**.

¹²⁸ Statistik Austria, Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2006, S.300

Erbschaften

Durch Erbschaften und Schenkungen werden in Österreich jährlich schätzungsweise etwa 5 Mrd. Euro zwischen den Generationen transferiert, in Tirol **schätzungsweise 400 Mio. Euro**. Für etwa 2,5 % aller Haushalte – etwa 17.000 Menschen in Tirol - verändert sich dadurch die Vermögenssituation. Die durchschnittliche Erbschafts- bzw. Schenkungssumme beträgt rund 50.000 Euro. Erbschaften haben je nach vorheriger Vermögenssituation einen unterschiedlichen Einfluss auf die Vermögensausstattung der Haushalte. Für Haushalte mit geringem Vermögen stellen Erbschaften eine bedeutsame Quelle des persönlichen Vermögensaufbaus dar. Für bereits begüterte Haushalte macht die Vermögensübertragung demgegenüber einen geringeren Anteil ihres Vermögens aus.

Humanvermögen

„Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut“, stellt der Sozialbericht 2003-2004 klar fest.¹²⁹ Bildung ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung für höheres Einkommen. 59 % der AkademikerInnen und 40 % der MaturantInnen in Österreich befinden sich im obersten Einkommensviertel, aber nur 14 % jener, die keinen oder nur Pflichtschulabschluss haben.¹³⁰

Höchste abgeschlossene Schulbildung (15 Jahre und älter) 2001¹³¹

	Tirol	in %	Ö in %
Universität oder Fachhochschule	28.904	5,2	5,8
Berufs- und Lehrerbildende Akademie	9.892	1,8	1,7
Kolleg, Abiturientenlehrgang	2.856	0,5	0,5
Berufsbildende Höhere Schule	27.562	5,0	5,7
Allgemeinbildende Höhere Schule	24.806	4,6	5,2
Berufsbildende Mittlere Schule	69.331	12,6	11,5
Lehrlingsausbildung	182.178	33,1	33,9
Allgemeinbildende Pflichtschule	204.120	37,1	35,7

Die Ergebnisse der Volkszählung 2001 zeigen, dass **Tirol bei höheren Bildungsabschlüssen geringfügig hinter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt** liegt. Tatsächlich lie-

¹²⁹ Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.219

¹³⁰ Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen EU-SILC 2004, Wien 2005, S. 84

¹³¹ Volkszählung 2001

gen auch die durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen von ArbeitnehmerInnen in Tirol etwa 10 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Verteilung der Bildungsabschlüsse variiert nach Geschlecht, Region und Nationalität. Männer erreichen noch ein höheres durchschnittliches Bildungsniveau als Frauen. Sie sind bei den akademischen Abschlüssen stärker vertreten, während Frauen häufiger keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen. Bei MigrantInnen ist der nicht berufsqualifizierende Abschluss am häufigsten vertreten. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem schlägt die soziale Herkunft nach wie vor stark über Bildung auf die berufliche Platzierung durch.

Zusammenfassung

Die Untersuchungen zeigten:

- Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen, der Arbeitslosen, der Empfänger von Sozialhilfe ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. In Tirol waren zuletzt (2005) 95.000 Menschen oder 14 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Das war die dritthöchste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer.
- Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut. Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat deutlich zugenommen. Vor allem neue Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbstständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganzjähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark erhöht. In Tirol lebten zuletzt (2005) etwa 25.000 „working poor“, Menschen, die trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet oder arm sind. 15 % der Tiroler Erwerbstätigen hatten 2005 ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro im Monat. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der ca. 44.000 ganzjährig teilzeitbeschäftigten Frauen in Tirol beispielsweise näherte sich 2005 bereits der Armutsgefährdungsschwelle.
- 2005 hatten nur mehr 58 % der Tiroler Arbeitnehmer einen „Normalarbeitsplatz“, waren also ganzjährig vollzeitbeschäftigt. Fast ein Drittel der Tiroler Arbeitnehmer (32 %) war 2005 nicht ganzjährig beschäftigt.
- Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut. Tirol hatte im Frühjahr 2007 die dritthöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe liegen in Tirol unter der Armutsgrenze.

- Bildung verringert das Armutsrisiko. Das allgemeine Bildungsniveau der TirolerInnen ist geringfügig schlechter als der österreichische Durchschnitt.
- Behinderung und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko. Bundes- und Landespflegegeld werden in Tirol weniger in Anspruch genommen als im Bundesdurchschnitt. Der Großteil der Pflegeleistungen wird durch Angehörige erbracht, wodurch vor allem Frauen ihre Erwerbstätigkeit einschränken (müssen). Die deutliche Zunahme älterer, pflegebedürftiger Menschen wird das Problem weiter verschärfen.
- Über 20.000 Tiroler PensionistInnen sind armutsgefährdet, weil ihre Pensionen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegen. In Tirol werden die höchsten Ausgleichszulagen aller Bundesländer bezahlt, weil die Eigenpensionen die geringsten sind. Tirol hat den dritthöchsten Anteil an Ausgleichrentnern aller Bundesländer.
- Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Nur 41 % der Vorschulkinder sind in Tirol in Kinderbetreuungseinrichtungen untergebracht. Vor allem für die Mütter bedeutet das oft eine Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit. In Tirol leben schätzungsweise 40.000 Erwachsene und Kinder in Alleinerzieherhaushalten oder Familien mit 3 und mehr Kindern und sind deswegen armutsgefährdet. 20 % der Tiroler Kinder und Jugendlichen – 33.000 - leben in armutsgefährdeten Haushalten.
- Ein Viertel der MigrantInnen ist armutsgefährdet. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Zudem wird die Hausarbeit und Kindererziehung zumeist den Frauen zugeteilt, was zu einer geringen Erwerbsbeteiligung führt. In Tirol leben etwa 25.000 MigrantInnen, die armutsgefährdet sind.
- Der durchschnittliche monatliche Wohnungsaufwand liegt in Tirol um 12 % über dem Bundesdurchschnitt. Innsbruck und der Bezirk Kitzbühel gehören mit Salzburg und Wien zu den teuersten Wohnbezirken Österreichs. Die Wohnkosten werden von 15 % der Bevölkerung als starke Belastung empfunden.
- Die durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben in Tirol sind die dritthöchsten aller Bundesländer. Überdurchschnittlich sind vor allem die Ausgaben für Wohnen und Energie.
- Verschuldung erhöht die Armutsgefährdung stark. Tirol wies 2006 die zweithöchste Verschuldung privater Haushalte aller Bundesländer auf – Tendenz steigend.
- Armut ist ein Gesundheitsrisiko. Ärmere Menschen sind statistisch gesehen häufiger krank, vor allem arbeitslose und alleinerziehende Menschen.

- Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung. Für 183.000 Tirolerinnen und Tiroler (27% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle. Ohne die Sozialleistungen und Pensionen wären nicht 95.000, sondern 194.000 Tirolerinnen und Tiroler (28 % der Bevölkerung) nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm. 95.000 TirolerInnen sind dennoch armutsgefährdet, weil die Erwerbseinkommen oder die diversen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen nicht ausreichend Einkommen sichern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Einnahmengkürzungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung
- Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Tirol.
- Einkommen werden sehr unterschiedlich hoch besteuert. Steuerlich deutlich entlastet wurden in den letzten Jahren lediglich die Unternehmen. Die Umsatz-, Verbrauchs- und Verkehrssteuern nehmen auf die persönliche Leistungsfähigkeit kaum Rücksicht, machen aber die Hälfte aller Steuern aus. Österreich und auch Tirol sind Steuerparadies für Vermögende. Steuern auf Einkommen und deren Verwendung bringen 93 %, Steuern auf Vermögen nur 6 % aller Steuern auf.
- Reichtum nimmt auch in Tirol zu. Die Zahl der Menschen mit hohem Einkommen hat in den letzten Jahren um 10.000 zugenommen. In Tirol leben schätzungsweise 5.700 Menschen mit einem Geldvermögen von mehr als 1 Mio. Dollar (ca. 740.000 Euro). Unter den reichsten ÖsterreicherInnen befinden sich auch mehrere TirolerInnen.
- Eine Bewertung der Sachvermögen in Tirol (Betriebsvermögen der Wirtschaft und Landwirtschaft, Gebrauchsvermögen) zeigt welche Milliarden-Wert in Tirol vorhanden sind.

Quellenverzeichnis

- AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich, Wien 1997
- AMS: Bundesländerprofile 2005 und 2006 (auf www.ams.at)
- AMS: Arbeitsmarktdaten
- „Armut und soziale Ausgrenzung verhindern – Bericht einer ExpertInnenarbeitsgruppe“ an das Sozialministerium, Wien 1999
- Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004
- G. Doblhammer-Reiter: Soziale Ungleichheit vor dem Tod, in: Wiener Seniorengesundheitsbericht, Wien 1996
- Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, April 2002
- Kommunalkredit, Statistik Austria: Gemeindefinanzbereich 2005, Wien 2005
- Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2006, Wien, Jänner 2007
- Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, März 2005
- Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002
- Öst. Gesell. für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien, August 2004
- Öst. Raumordnungskonferenz: ÖROK-Prognosen 2001-2031, Wien 2004
- Sozialministerium: Bericht zur sozialen Lage 2001/2002, Wien 2002
- Sozialministerium: Bericht zur sozialen Lage 2003/2004, Wien, Februar 2005
- Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004 (EU-SILC), Wien, März 2006
- Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, April 2007
- Statistik Austria: Einkommensteuerstatistiken 2001 und 2004 (Wien, April 2007)
- Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Übersicht über das Land Tirol
- Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2005/2006, Wien, Juni 2006

Statistik Austria: Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/05 (Wien, März 2006)

Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistiken 2000 und 2002 (Wien, November 2006)

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2001 und 2005 (Wien, Dezember 2006)

Statistik Austria: Mikrozensus 2006

Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge – Bestand 31.12.2006, Wien 2007

Statistik Austria: Statistisches Jahrbücher 2006 und 2007

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I – Tirol, Wien, März 2003

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, Wien, November 2004

Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2005

Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Erste Anerkennung erwarb sich die ÖGPP mit der Aufarbeitung und kompakten Darstellung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 25. 2004 fand vor allem der erste „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ Beachtung. Es folgten etliche weitere Arbeiten zur Armut in den Bundesländern. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind Wirtschaft, Staat, Bildung und Europa.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

AutorInnen der Studie „Armut und Reichtum in Tirol“:

Dr. Andreas Höferl, Generalsekretär und wiss. Leiter der ÖGPP

Barbara Hauenschild, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP

Susanne Halmer, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit,
wie der Bank Austria Creditanstalt und der Wiener Städtischen Versicherung

Bank Austria
Creditanstalt

WIENER 
STÄDTISCHE

VIENNA INSURANCE GROUP